

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementpreis: Drei pränumerando Vierteljahre 3.90 RM., monatlich 1.30 RM., wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.30 RM. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2.00 RM., für das übrige Ausland 4 RM. pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Druckort: Berlin.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgealtene Anzeigenspalte oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Erörterungen und Besprechungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 20 Pf. (zwei bis 2 festgesetzte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Geschäftsverträge das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonnabend, den 30. September 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Der rumänische Verrat und das monarchische Prinzip.

Der Reichskanzler hat in seiner Rede am Donnerstag bei seiner Schilderung der Vorgeschichte der rumänischen Kriegserklärung besonders eingehend die Rolle König Ferdinands gewürdigt und durchblicken lassen, daß man zwar den Ministerpräsidenten Bratianu seit langem mit Mißtrauen beobachtet, dem König aber Vertrauen geschenkt habe. Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt hierzu, daß dieser Vorgang wiederum zeige, wie schwandend alle politischen Kombinationen seien, die auf hohem Boden errichtet werden. Diese Erkenntnis ist keineswegs neu. Selbst von konservativer Seite sind die düstersten Vorgänge kritisch beleuchtet und der Forderung einer Revision der bisher gültigen Anschauungen über die Aufgaben unserer Auslandspolitik zu Grunde gelegt worden. So schrieb Professor Hoepfich am 30. August — unmittelbar nach der rumänischen Kriegserklärung — in der „Kreuzzeitung“, wir könnten aus dem letzten rumänischen Kronrat nur die Lehre entnehmen, wie wenig die ganze deutschfreundliche Agitation der konservativen rumänischen Kreise im Grunde bedeutete, von der so viel Wesens gemacht wurde. Und noch vor wenigen Tagen schrieb Professor Dr. Konrad Vornhals anlässlich einer Untersuchung der Geschichte der rumänischen Hohenzollern im „Reichsboten“, der rumänische Fall bestätige von neuem die alte Erfahrung, daß eine Dynastie niemals eine bestimmte Politik verbürgt.

Wir müßten an diese Feststellung Prof. Vornhals vor einigen Tagen die Bemerkung, seine Meinung könne in dem wiedergegebenen Zusammenhange nur bedeuten, daß die so gerühmte Stetigkeit des „monarchischen Prinzips“ nur auf Einbildung beruht, und ferner, daß zwischen den dynastischen Interessen und den Interessen der Landespolitik oft ein tiefer Widerspruch klappt.

Diese Meinung hat nun den entschiedenen Widerspruch der „Deutschen Tageszeitung“ gefunden. „Es will uns scheinen — schreibt sie — als ob dem „Vorwärts“ seine Logik — wie der Seemann sagt — hier aus dem Ruder gelaufen sei, und zwar unter dem Einflusse des Wunsches, das monarchische Prinzip als in sich widersprüchlich und durch den rumänischen Fall besonders drastisch abgetan hinstellen zu können.“

Sehen wir zu, auf wessen Seite hier die Logik ist. Ihre Auffassung der rumänischen Politik saßt die „D. Z.“ in den Worten zusammen:

„König Ferdinand von Rumänien ist nicht nur schwach gewesen, sondern er hat, seitdem er zur Regierung gelangt war, eine bewußt verräterische Politik im Einverständnis mit Bratianu getrieben. Welche Motive er dazu gehabt hat, welche Einflüsse auf ihn gewirkt haben, kann hier außer Betracht bleiben, weil eine solche Untersuchung von lediglich spekulativem und in jedem Falle von problematischem Werte sein würde.“

In demselben Atemzuge aber bemerkt das Blatt:

„König Ferdinand ist auch nicht einmal dem Willen des rumänischen Volkes gefolgt, sondern teils persönlichen Reigungen und Abneigungen, teils der Politik einer in jedem Sinne korruptierten Clique, die, unter ausländischen Einflüssen stehend, seit dem Tode des alten Königs die Geschichte des Landes leitet.“

Die hier dargelegten Motive und Einflüsse scheinen also der „D. Z.“ nicht von „lediglich spekulativem“ oder „problematischem“ Werte zu sein, sondern den Charakter unumstößlicher Wahrheiten zu tragen. Deshalb schreibt sie — obwohl sie vor wenigen Tagen das Urteil Prof. Vornhals ohne ein Wort des Vorbehalts wiedergab:

„Wir können nach allem auch die Ansicht Prof. Vornhals nicht teilen, daß der Verrat des Königs eine der größten Uebertragungen des Weltkrieges gewesen sei. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß es für einen Politiker ein unverzeihlicher Fehler gewesen sein und das Gegenteil eines Befähigungsnaeweises gebildet haben würde, sich von dem Abfall Rumäniens überlassen zu lassen — weil der König ein Deutscher und Hohenzoller war. Was vom Unfel galt, durfte auf den Rücken nicht ohne weiteres übertragen werden, und der Verlauf der beiden Kriegsjahre mußte vollauf genügen, um zu beweisen, daß der Ruffe auch der politischen Offenheit und Zuverlässigkeit nach nicht der Unfel war.“

Wie man auf den ersten Blick sieht, läuft in diesen Darlegungen so ziemlich alles durcheinander. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir die Konfusion aus dem Bestreben der „D. Z.“ erklären, einerseits den rumänischen Verrat so scharf wie nur möglich zu brandmarken, andererseits aber das „monarchische Prinzip“ nicht antasten zu lassen. Jetzt erklärt die „D. Z.“ gegenüber der Bemerkung Prof. Vornhals, daß eine Dynastie niemals eine bestimmte Politik verbürgt:

„Daß sie (die Dynastie) das nicht kann und nicht soll, sondern daß nur das Landesinteresse maßgebend sein muß und im großen Ganzen der Ereignisse immer bleiben wird — ob richtig oder falsch verstanden —, das ist selbstverständlich. Das monarchische Prinzip wird dadurch aber nicht widerlegt, sondern im Gegenteil bestätigt. Die Verpflanzung von deutschen Fürsten auf fremde Throne mag in einem Falle dem deutschen Interesse entsprechen, im

andern nicht: — mit dem monarchischen Prinzip haben diese Vorgänge nichts zu tun, nicht das geringste. ... Ins Ausland verpflanzte Fürsten desselben Landes und des gleichen Stammes dürfen die Monarchie und dürfen ihre Vertreter nur als Opportunität betrachten und politisch behandeln, nicht aber unter dem Gesichtspunkte einer Internationalität der Dynastie. Gab es einmal solche Zeiten, so sind sie längst und endgültig vorbei. In diesem Sinne hat der Fürst unter den ausländischen Fürsten keine Verwandten. Wir wissen nicht, ob der „Vorwärts“ es so meint, aber nach seinen Worten steht es so aus, als ob er glaubt, daß Verfechter des monarchischen Prinzips in Deutschland dächten, daß dieses durch eine dynastische Internationalität gestützt würde, oder überhaupt in irgendwelchen grundlegenden Beziehungen dazu stünde. Daß dies nicht der Fall ist, ist eine Selbstverständlichkeit.“

Manches an diesen Ausführungen ist zutreffend, so z. B. der Hinweis darauf, daß die Zeiten einer „Internationalität der Dynastie“ längst vorbei sind. Für uns bedeutet diese Feststellung nichts Neues, da wir stets die Anschauungen bekämpft haben, als könnte die äußere Politik eines Landes auf Freundschaften oder Verwandtschaftsbeziehungen der Monarchen oder auf sonstigen höfischen Faktoren aufgebaut oder durch sie gestützt werden. Dagegen sind diese Anschauungen bei den „Verfechtern des monarchischen Prinzips in Deutschland“ bis in die letzte Zeit hinein lebendig gewesen, wobei zweifellos auch das Bestreben mitwirkte, durch eine entsprechende Politik das „monarchische Prinzip“ in Deutschland zu stützen. Die „D. Z.“ schlägt den Tatsachen ins Gesicht, wenn sie das jetzt zu bestreiten sucht.

Ein der Richtung der „D. Z.“ so nahestehender Politiker wie Prof. Hoepfich schrieb noch im März 1915 in Velhagen und Klafings Monatsheften über König Karl von Rumänien:

„Man hat sich auch ... in Deutschland mit der Hoffnung getragen, daß dieser deutsche Fürst ... dem deutschen Einfluß dort eine dauernde Stütze geschaffen habe und daß dieses von rastloser Arbeit erhaltene Fürstentum so auch für kommende politische Verwicklungen der Stellung Deutschlands von unmittelbarem Nutzen gewesen wäre. Das ist beides nicht eingetreten.“

Am 30. August d. J. schrieb derselbe Verfasser in der „Kreuzzeitung“ über König Karl:

„Vor dem Kriege trug man sich in Deutschland mit der Hoffnung, daß dieser deutsche Fürst auch für kommende politische Verwicklungen der Stellung Deutschlands unmittelbar genützt hätte. Wie erst durch den Krieg bekannt geworden ist, hat König Karl das ernsthaft angestrebt; Rumänien ist von unserer Diplomatie über ein Menschenalter — seit 1883 — als vierter Genosse des Dreibundes betrachtet und behandelt worden. Aber hatte König Karl sein Volk schon deutscher Kultur nicht gewonnen, die Sympathien für Frankreich und zum Teil für Russland nicht überwinden können, so hat er es auch nicht vermocht, politisch für seinen Staat die feste Stellung zu finden, die ihm zuzuwende. Als er mitten im Weltkriege aus dem Leben schied, klang darum seine Politik in einer offenen Frage aus.“

Weshalb die Politik Rumäniens eine andere Wendung nahm, kann an dieser Stelle nicht erörtert werden, da dazu ein näheres Eingehen auf die Orientpolitik Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, wie insbesondere eine Darstellung der Balkanlage nach dem zweiten Balkankriege erforderlich wäre. In dem uns interessierenden Zusammenhange genügt die Feststellung Prof. Hoepfichs, daß die dynastischen Beziehungen zum rumänischen Herrscherhause vor dem Kriege als wichtiger Faktor der auswärtigen Politik Deutschlands in Rechnung gestellt waren.

Damit erledigt sich der angeführte Einwand der „Deutschen Tageszeitung“, und auch die trübselige Feststellung Prof. Vornhals wird verständlich, daß eine Dynastie niemals eine bestimmte Politik verbürgt. Was bedeutet das anders als die Anerkennung des Bankrotts des dynastischen Prinzips im System der auswärtigen Politik?

Nun kommt aber die „D. Z.“ mit noch einem Einwand: Eine Dynastie wie die rumänische bedeute für sie keineswegs eine „Verkörperung des monarchischen Gedankens“. Und in besonders hervorsteckender Schrift, die wohl die Aktualität dieses Gedankens für den innerpolitischen Gebrauch unterstreichen soll, fährt sie fort:

„Das parlamentarische System mit einem König bedeutet nur den Schein einer Monarchie bzw. die schiefe Ebene, auf der die Monarchie und der sie begründende Gedanke unauffällig abwärts gleitet und verschwindet.“

Nun ist es aber eine Absurdität, Rumänien gegenüber von einem wirklichen parlamentarischen System zu sprechen. Dort ist — allerdings in den Formen eines Pseudo-Parlamentarismus — die nackte Herrschaft einer Oligarchie ausgerichtet, die sich auf die herrschende Wojarenkaste, die Vertreterin des Großgrundbesitzes, stützt. Das in den Worten der „D. Z.“ angedeutete Ideal findet sich in am wenigsten „verfälschter“ Form allerdings nur in Rußland. Die „D. Z.“ wird aber doch wohl nicht zu behaupten wagen, daß der russische Zarismus für die Güte des monarchischen Prinzips beweiskräftig sei und unsere Behauptung widerlegen könnte, daß zwischen den dynastischen Interessen und den Interessen der Landespolitik oft ein tiefer Widerspruch klappt.

Die Presse über die Kanzlerrede.

So ziemlich die ganze Presse stimmt darin überein, daß die diesmalige Rede des Kanzlers an Schärfe und Klarheit der Ausführungen noch beträchtlich hinter allen früheren Kanzlerreden zurückgeblieben sei. Ihr hervorstechendster Zug sei Zurückhaltung, Unbestimmtheit und Farblosigkeit gewesen. „Nach im Vergleich mit jeder ihrer Vorgängerin“ nennen sie die „Berliner Neuesten Nachrichten“: „Es war ein geschäftlicher Vierteljahrsbericht.“

Die Kommentare der Presse beschränken sich deshalb in der Hauptsache auf die beiden Punkte, die für die äußere und die innere Politik in Frage kommen: auf die ungewöhnlich scharfe Stelle gegen England und auf die Bemerkungen des Kanzlers über die innere Politik, die sogenannte Neuorientierung.

Die „Kreuzzeitung“ ist natürlich erfreut über die „sehr scharfe“ und „bestimmte“ Stellungnahme des Kanzlers zu England, diesem, wie Herr v. Bethmann Hollweg sagte, „hartnäckigsten und erbittertesten Feinde“ Deutschlands. Dieser Teil seiner Rede sei „gerade für uns von besonderem Interesse“. Das konservative Blatt nennt die Worte des Kanzlers „unzweideutig“ und betont, daß es seit jeher auf diesem Standpunkte gestanden habe. Dennoch ist das Organ für die rückwärtslose Anwendung aller Kriegsmittel mit Herrn von Bethmann nicht recht zufrieden, entdeckt es doch wieder in den Worten des Kanzlers eine „Art von Einschränkung“, die zu dem dringenden Wunsch veranlaßt, den „Ausschuß (des Reichstags) so deutlich wie möglich zu vernehmen“, damit offenbar werde, „welche Bedenken gegen die Gebrauchstauglichkeit einzelner solcher Mittel bestanden haben oder bestehen und aus welchen Gründen von dem Mittel des uneingeschränkten Tauchbootkrieges gegenüber England bisher nicht Gebrauch gemacht worden“ sei.

Die gleichen Vorbehalte gegenüber den gegen England gerichteten Erklärungen macht auch die übrige alldeutsche Presse. So findet die „Deutsche Tageszeitung“, daß die Kanzlerworte „immer noch auslegungsfähig sind“. Noch immer wisse man einstweilen nicht, welche Hoffnungen daran geknüpft werden könnten und müsse deshalb abwarten, in welchen Zeiten sie ihre Auslegung finden würden. Immerhin begrüßt das Blatt des Grafen Reventlow die Wendung des Kanzlers, in der er von „veralteter Verständigungsneigung“ gegenüber England gesprochen habe.

Auch die „Tägliche Rundschau“ meint, daß trotz des starken Tons der leidenschaftlich vorgetragenen Worte des Kanzlers die Wogen der politischen Diskussion in bezug auf den U-Bootkrieg sich nicht glätten würden. Gäbe es doch Leute, die zwar bedingungslos das Bekenntnis des Kanzlers zur Anwendung jedes tauglichen, den Krieg wirklich abkürzenden Mittels als zu einer unbedingten Notwendigkeit unterschrieben, die aber dennoch in Zweifeln darüber bleiben werden, was alles denn als ein solches wirklich taugliches Mittel zu gelten habe. Diese letztere Zweifelsfrage sei ihnen auch nach den Kanzlerworten unbeantwortet geblieben.

In ähnlichem Sinne äußert sich die „Post“. Das Blatt macht auch einige interessante Bemerkungen zu dem, was Herr von Bethmann Hollweg über die Kriegsziele zu sagen als gut befand. Habe man auch zu früheren Terminen eine deutlichere Prägung der deutschen Kriegsziele vernommen, so hindere nichts an den weitumrissenen Andeutungen, die der Kanzler seinerzeit gab, zähe festzuhalten: den „realen Garantien“ im Westen usw. Das Festhalten an diesen Kriegszieleforderungen der Regierung lasse sich gerade „aus der zunehmenden Betonung von Englands grundsätzlicher Feindschaft erhoffen“.

Auch die „Germania“ konstatiert, daß nach Bethmanns Erklärung England unter allen anderen Feinden als „der Feind“ betrachtet werden müsse. Es sei ein „klares“ und „unzweideutiges“ Wort, das seine Wirkung auch auf unsere innerpolitischen Verhältnisse nicht verfehlen werde.

Das „Berliner Tageblatt“, das der Kanzlerrede „eine fast akademische Zurückhaltung“ nachsagt, die verursacht habe, daß seine Rede von den das Haus bis unter das Dach fallenden Zuhörern auch „verhältnismäßig kühl aufgenommen“ wurde, findet daß der Reichskanzler in seinen Bemerkungen über die innere Lage „fast noch zurückhaltender“ gewesen sei: „Irgendwelche greifbaren Reformen hat er nicht angekündigt. Auch der Grundgedanke: „Freie Bahn für alle Tüchtigen“ ist nur rhetorisches Schmuckwerk.“ Herr von Bethmann Hollweg hätte durch ein klares und kraftvolles Bekenntnis zu großen inneren Zielen die weitüberwiegende Mehrheit der Hörer im Saale fortziehen und draußen das Volk sich in Begeisterung verbinden können. „Wir bedauern, daß er das nicht vermocht hat.“

Darin, daß die Kanzlerbemerkungen über die Neuorientierung überaus zurückhaltend gewesen seien, stimmt auch die „Tägliche Rundschau“ mit dem „Berliner Tageblatt“ überein: „Ganz von fern auch rührte Herr v. Bethmann leider das Thema von der inneren Neuorientierung an. Ganz von fern.“ Was die Bedenken von der „freien Bahn für alle Tüchtigen“ betreffe, sei auch für den feindlichsten Konservativen unanschaulich, so daß man sich wundern müsse, über den demonstrativen Beifall auf den Bänken, da der Treisinn nicht, es als etwas Besonderes begrüßen zu sollen“ geglaubt habe.

Diese abnungsvollen Worte der „Täglichen Rundschau“, daß auch die feindlichsten Junter solche vieldeutigen Worte des Kan-

lers, die zu absolut nichts verpflichtet, unterschreiben könnten, bestätigt die „Deutsche Tageszeitung“, indem sie erklärt, daß sie mit dieser Kanzlerlösung voll übereinstimme und sie um so mehr für „selbstverständlich“ halte, als sie schon lange die Lösung des deutschen monarchischen Staatswesens gewesen sei. Man sieht also, daß der Kanzler nichtssagendere und weniger verbürgende Worte wirklich nicht hätte finden können. Die Sorge der Berliner Neuesten Nachrichten, daß aus der zweiten preussischen Landstube jemals die Möglichkeit einer konservativ-konservativ-nationalliberalen Mehrheitsbildung schwinden und dadurch das preussische Hohenzollernrecht zu der konstitutionellen Stellung des rumänischen Hohenzollernrechts hinabsinken könne, ist also wirklich völlig unbegründet.

Weder über die Kriegs- und Friedenspolitik, noch über die inneren Reformen hat Herr v. Bethmann Hollweg irgend etwas gesagt, was auch nur als leiser Schimmer einer Hoffnung zum Besseren gedeutet werden könnte!

Neue Bettgenossen!

In seiner Ueberfahrt der Reichstagen über die Rede des Reichskanzlers widmet das Berliner Zentrumsorgan, die „Germania“, seine besondere Aufmerksamkeit den kritischen Auslassungen des „Vorwärts“ und des „Berliner Tageblatt“. Nachdem es unsere Äußerungen über die Notwendigkeit einer präzisieren Behandlung der Friedensfrage angeführt, schreibt das Blatt:

„Abzurufen, oder auch nur durch Schweigen zu modifizieren, was er früher über die Friedensbedingungen gesagt hat, konnte natürlich auch gar nicht Herrn v. Bethmanns Absicht sein. Der „Vorwärts“ wird selbst im Ernst nicht glauben, den Kanzler auf dem Wege der roten internationalen Verständigungslinie zu finden, die das sozialdemokratische Blatt, trotz des Fiascos der Internationale, als Allheilmittel unentwegt empfohlen möchte.“

Weiter zitiert das Blatt unsere und des „Berliner Tageblatt“ kritische Bemerkungen über das Ausschleiben jedes konkreten Hinweises auf die „Reorientierung“ und meint, der Kanzler hätte den Burgfrieden fast gefährdet, wenn er dem Ansinnen Folge geleistet hätte, dem Volke große innere Ziele zu zeigen. Denn selbstverständlich, schließt das Blatt, würde ein klares und kraftvolles Bekenntnis zu solchen großen Zielen die Gegenwirkung auf der anderen Seite in stärkstem Maße herausfordern.“

In laudablem Einverständnis mit dem Zentrumsorgan äußert sich auch die angeblich sozialdemokratische „Internationale Korrespondenz“. Natürlich ist auch dieses Organ unzufrieden mit unserer Kritik der Reichskanzlerrede.

„Konnte denn jemand erwarten, daß der Kanzler in einer Zeit des furchtbaren Massenangriffs gegen alle deutschen, österreichisch-ungarischen und bulgarisch-türkischen Fronten den Frieden öffentlich anbieten werde? Spricht nicht alles dafür, daß Asquith und Briand zur Zeit ein solches Angebot unter dem Zeitumspiegel ihrer Mannen abweisend abgewiesen hätten?“

Die Gerechtigkeit und die Pflicht der Wahrheit — die nur rücksichtslose Agitation, aber nicht ernstes politisches Streben leiten kann — zwingen aber zu der Anerkennung, daß Herr v. Bethmann Hollweg nachträglich den reinen Verteidigungscharakter des Krieges auf unserer Seite festgestellt und alle Deutschland zugeschriebenen Welt Herrschaftsgelüste weit von sich gewiesen hat. Er ist damit der von Scheidemann auf der Reichskonferenz im Interesse der Friedensabhandlung erhobenen Forderung gefolgt. (1) Wie sehen darin das Wichtigste seiner Rede und hoffen zuversichtlich, daß die Friedensbewegung in den zugehörigen Ländern durch diese Worte ebenso gestärkt werden möge wie dadurch, daß Bethmann Hollweg sein anderes Kriegsziel aufgestellt hat als das der deutschen Sozialdemokratie (!): Sicherheit von Deutschlands Freiheit, Recht und Entwidlungsmöglichkeit.“

Ebenso zurechen wie mit Bethmanns „Friedensprogramm“ ist die „A. R.“ mit seiner Abtinnung in puncto „Reorientierung“:

„Auch wir wünschen dringend, endlich mehr Klarheit über die innere Zukunft Deutschlands zu hören. Aber wenn selbst auf der sozialdemokratischen Reichskonferenz darüber nichts gesagt wurde — wie soll der Verantwortliche eines Reiches, dessen Truppen im Tross der Feinde liegen und der selbst im Kreuzfeuer der Pfeile aus dem Hintergrund und auch der offenen Angriffe steht, im Augenblick mehr sagen? Er betont seinen Willen, Deutschland innerlich zu modernisieren. Schön. Aber er weiß so wenig wie wir alle, wie stark die einzelnen Parteien im deutschen Volk sein werden, wenn die Krieger zurückkehren, ja nicht einmal, wie stark sie unter den Dabeimgebliebenen sind, denen der Vorgeschiedene jede Kräfteentziehung selbst bei Nachwahlen verwehrt.“

Wegen doch die Reichstagsfraktionen ihre Forderungen aufstellen und einmal mit erster Sachlichkeit, nicht nur mit agitatorischem Eifer über sie reden —, laßt uns erst sehen, was da herauskommt! Die Regierung muß ja nicht immer die Initiative ergreifen; die zum politischen Fortschritt führenden ersten Schritte zu tun, ist in Deutschland nicht die Gewohnheit der Regierungen.“

Wenn wir nach dieser Leistung vor die Frage gestellt würden, welche Berliner Pressestimme zur Reichskanzlerrede auf dem niedrigsten politischen Niveau steht, so mühten wir nachgedrungen auf die „A. R.“ hinweisen. Denn ein größeres Maß von Selbstentmannung und Charakterlosigkeit hat kein anderes Organ aufgebracht.

Die griechischen Wirren.

Das Vorgehen Venizelos.

Paris, 28. September. (W. L. B.) „Temps“ meldet aus Athen unterm 27. d. M.: Venizelos erklärt in der Zeitung „Patrios“ die Bewegung, deren Leitung ich zusammen mit Admiral Konduriotis übernehme, ist ihrem Wesen nach rein national. Wir wollen nicht eine Regierungsform abschaffen, sondern die Verteidigung von Mazedonien vorbereiten; der Status quo in Athen mit seinen Zivil- und Militärbehörden bleibt unberührt. Will Athen in seiner Haltung verharren, so gehen wir allein vor. Weiter meldet „Temps“: Die Sunaristen haben sich in einer Versammlung unter Vorsitz von Sunaris für die Aufgabe der Neutralität ausgesprochen.

Athen, 28. September. (W. L. B.) Meldung der Agence Havas: Griechische Reserveoffiziere richteten einen Aufruf an das Volk, in dem sie es ermahnen, sich unter die Fahnen der Armee der nationalen Verteidigung zu stellen. Der Aufruf trägt 148 Unterschriften.

Venizelos kam in Kanea um 3 Uhr an. Die Straßen waren von einer großen Menschenmenge dicht gefüllt, die den „Veterean“ zujubelten. Der ehemalige Abgeordnete Puridis begrüßte Venizelos und Admiral Konduriotis namens des Volkes; er brachte den Willen des Volkes zum Ausdruck, eine Regierung unter Vorsitz von Venizelos zu bilden und Admiral Konduriotis die Leitung des nationalen Kampfes anzuvertrauen. Venizelos ergriff darauf das Wort; er richtete einen Aufruf an den König, in dem er ihn bat,

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amlich. Großes Hauptquartier, 29. September 1916. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Nach der blutigen Abwehr der feindlichen Angriffe am 27. September kam die Sommeschlacht gestern wesentlich ab. Ein kräftiger englischer Angriff zwischen der Ancre und Concrette wurde auf seinem Westflügel unter Aufgabe kleiner Grabenteile im Nahkampf abgeschlagen; er brach nordwestlich und nördlich von Concrette in unserem Feuer zusammen. Ein schwächerer Angriff bei Caucourt l'Abbaye schlug gleichfalls fehl.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Abgesehen von einem erfolglosen schwachen russischen Vorstoß nordöstlich von Gduzinsk und stellenweise angelegter Feuerstätigkeit keine Ereignisse. — Die Zahl der am 27. September bei Korytnica gefangenen Russen erhöht sich auf 41 Offiziere, über 3000 Mann, die Beute auf 2 Geschütze, 39 Maschinengewehre.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Die Kämpfe in den Karpathen dauern an. Keine besonderen Ereignisse.

Kriegsschauplatz in Siebenbürgen.

Der Widerstand des Feindes im Abschnitt von Hermannstadt ist erlahmt. Die rumänischen Kräfte sind gegen das Gebirge geworfen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 29. September 1916. (W. L. B.) Amlich wird verkündet:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Rumänen wurden bei Nagy-Egeden (Hermannstadt) geschlagen. Die Höhen südlich und südöstlich der Stadt gelangten nach heftigen Kämpfen in den Besitz der verbündeten Truppen. Die Schlacht ist noch nicht abgeschlossen.

In den Karpathen wird weiter gekämpft. Die Lage ist unverändert.

Bei der Armee des Generalobersten v. Terstyanffy wurden vorgehen insgesamt 41 russische Offiziere, über 3000 Mann, 35 Maschinengewehre und zwei Geschütze eingebracht.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf der Karsthohefläche hartes italienisches Geschütz- und Minenwerferfeuer gegen unsere Stellungen und die dahinter liegenden Räume. — An der Kleinstadtfont griff der Feind gestern nachmittags unter dem Schutz dichten Nebels den Cardinal und die Cima Bosa Alta an. Er wurde abgewiesen.

Die Cimonespige steht andauernd unter leichtem und schwerem Artilleriefeuer. Trotzdem hatte das Rettungsunternehmen Erfolg. Unseren braven Truppen gelang es unter großen Schwierigkeiten doch, sieben Italiener, die vollkommen erschöpft waren, auszugraben und zu bergen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Döser, Feldmarschalleutnant.

die Wünsche der Nation und des Volkes zu erhören. Sodann nahm Venizelos eine Truppenbesichtigung vor. Es herrschte völlige Ruhe.

London, 28. September. (W. L. B.) „Daily Chronicle“ meldet aus Athen vom 26., daß die Hauptstadt zum ersten Male seit der langen Kriegsperiode wirklich in Aufregung sei. Es seien die ersten Berichte aus Areta angekommen, aus denen hervorgehe, daß Venizelos und Konduriotis in Areta mit außerordentlicher Begeisterung empfangen worden seien, und das habe in Athen vermutlich tieferen Eindruck gemacht als die Abreise der beiden Männer. Selbst entschiedene Gegner von Venizelos könnten jetzt die Bewegung nicht ignorieren. Der Beschluß der Insel Rhodos, sich der revolutionären Bewegung anzuschließen, die Proklamation des Athener Offizierskorps, der Anschluß zweier griechischer Kriegsschiffe an die Alliierten und das Auftreten der Offiziere in Patras und Korfu, die keine liberalen Zentren seien, hätten großen Eindruck gemacht.

Venizelos als Haupt der provisorischen Regierung.

London, 29. September. (W. L. B.) Die Daily Telegraph weiter meldet, wird die provisorische Regierung auf Areta das unumschränkte Recht haben, die Streitkräfte des Landes zu organisieren und sich den Truppen der Entente anzuschließen. Venizelos dankte der Versammlung und sagte: Wir wünschen, daß die Krone selbst jetzt auf den Wunsch des Volkes eingehen möge, damit die Nation einig in den Kampf ziehe. Sollte dieser Wunsch unerfüllt bleiben, so geloben wir, unsere ganze Energie daran zu setzen, Euren Auftrag auszuführen. Die Rennung des Namens Konstantin wurde mit Stillschweigen aufgenommen. Niemand glaubt, daß der König den geäußerten Wunsch erfüllen werde. — Nach der Versammlung hielt die neue Regierung einen Empfang im Gouvernementsgebäude ab, bei dem die Konsuln der vier Großmächte der Entente anwesend waren.

Blutige Zusammenstöße auf Areta.

London, 28. September. (W. L. B.) Aus Kanea wird dem „Daily Telegraph“ gemeldet, daß sich Dienstag abend in Heraklion hundert Antivenizelisten, die sich in zwei Häusern verbarricadiert hatten, gegen die Revolutionäre zur Wehr setzten. Sie haben sich aber heute nachmittags ergeben. Die Revolution auf Areta hat nur in Heraklion zu Kämpfen geführt, wobei es einige Tote und Bewundete gab. Die Kämpfe waren in zwei Tagen vorüber. Das 14. Infanterieregiment, das in Heraklion in Garnison liegt und 450 Mann zählt, hat sich der Revolution bis auf 15 Mann und 22 Offiziere, die in

den Offiziersklub flüchteten, angeschlossen. — Da die Maschinengewehre vorher unbrauchbar gemacht worden waren, war jeder Widerstand unmöglich. Die treu gebliebenen Offiziere telephonierten um Schutz an den britischen und französischen Konsul, die ihnen diesen Schutz zugestanden, die Offiziere sind jetzt in Areta. Auf dem Exzerzierplatz wurde eine von 9000 Menschen besuchte Versammlung abgehalten, die folgende Entschliebung annahm: Die bewaffnete Versammlung des kreischen Volkes beschließt, daß von Venizelos und Konduriotis eine provisorische Regierung gebildet werden soll. Die beiden werden ermächtigt, eine dritte Person zu wählen und in die Regierung aufzunehmen.

Ausbreitung der Insurrektion in der Marine und Armee.

Athen, 28. September. (W. L. B.) Reuter meldet, daß sich trotz der strengen Mahregeln des Marineministeriums die aufständische Bewegung in der Marine ausbreite. Der kommandierende Kapitän zur See im Fliegerlager von Paleron soll sich mit 25 Mechanikern der Bewegung angeschlossen haben. Auch in der Armee greife die Bewegung um sich. Selbst bisher neutrale Offiziere wie die Generale Gallaris und Pannalitis hätten es nunmehr als dringende Notwendigkeit bezeichnet, die Neutralität aufzugeben. General Dauglis sei an Bord des Torpedobootjägers gegangen, der sich der Flotte der Verbündeten angeschlossen.

Paris, 28. September. (W. L. B.) Agence Havas meldet aus Athen: Außer dem Küstenpanzerschiff „Hydra“ sollen auch seine beiden Schwesterfahrzeuge „Egeai“ und „Pisara“ nebst vier Torpedobooten sich der alliierten Flotte angeschlossen haben.

Noch keine Entscheidung der griechischen Regierung.

Bern, 29. September. (W. L. B.) Von einer Stellungnahme der griechischen Regierung liegt, wie „Secolo“ schreibt, auch heute noch keine sichere Meldung in amtlichen Kreisen Roms vor. Man bezweifelt allgemein, daß der König sich je zu einer Kriegserklärung entschließen werde. Ueber die militärische Bedeutung eines griechischen Eingreifens machte man sich wohl nirgends Illusionen. Wenn die Entente diplomatie darauf hinarbeite, so geschehe dies vor allem im Gedanken an die moralischen Folgen bei Feinden und Neutralen. Die in einem sehr großen Teile der öffentlichen Meinung Italiens herrschenden Befürchtungen über griechische Absichten zum Schaden Italiens seien grundlos. Griechenland habe mit der Verteidigung des eigenen Gebietes vollauf zu tun.

Die Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 29. September. (W. L. B.) Amtlicher Bericht vom 28. September. An der Front von Hellasie beiderseits zunehmend heftiger gewordenes Feuer.

An der persischen Front sind auf der Straße von Samadan nach Kaswin ein für uns günstiges Patrouillengefecht statt. Auf dem linken Flügel wurde ein schwacher feindlicher Angriff abgeschlagen. Kaukasusfront. Auf dem rechten Flügel Zusammenstoß zwischen Erkundungspatrouillen und zeitweise ununterbrochenes Geschützfeuer. Wir machten einige Gefangene. Im Zentrum wiesen wir durch Gegenangriff einen Ueberfall ab, den der Feind begünstigt vom Nebel und Schneesturm ausführte. Auf dem linken Flügel besetzten wir einen Teil der feindlichen Vorpостenlinie. Von den anderen Fronten ist kein Ereignis von Bedeutung zu melden.

Der stellvertretende Oberbefehlshaber.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 28. September. (W. L. B.) Bericht des bulgarischen Generalstabes vom 28. September: Mazedonische Front: Die Lage ist unverändert; stellenweise schwaches beiderseitiges Artilleriefeuer.

Rumänische Front: Längs der Donau Ruhe; bei Drechowo schossen wir ein feindliches Flugzeug ab; es fiel auf links Donauufer. In der Dobrudscha schwaches beiderseitiges Artilleriefeuer. An der Küste des Schwarzen Meeres beschloß ein russischer Kreuzer Mangalia eine Stunde zwanzig Minuten lang keine Menschenverluste, Schäden unbedeutend. Unsere Flugzeuge haben bei Tuzla und Tagladachkoef (ungefähr 10 Kilometer südlich von Tuzla) zwei feindliche Torpedobootszerstörer erfolgreich angegriffen.

Der neue bulgarische Generalstabschef.

Sofia, 28. September. (W. L. B.) Die bulgarische Telegraphenagentur meldet: Der Unterchef im Generalstab, Oberst Lukoff, wurde an Stelle des verstorbenen Generals Jofow zum Chef des Generalstabes ernannt.

Die feindlichen Heeresberichte.

Der französische Tagesbericht.

Vom 28. September nachmittags (W. L. B.) An der Sommesfront fahren unsere Batterien mit der Beschließung von deutschen Verbindungsanlagen eifrig fort. Keine Infanterietätigkeit im Verlaufe der Nacht. Auf dem rechten Westflügel ein starker deutscher Angriff auf der Front Douaumont-Plour bei Einbruch der Nacht eine blutige Schlacht unter unserem Maschinengewehr- und Sperrfeuer. Ueberall sonst ruhige Nacht.

Orientarmee. An der Strumafront beschloß die englische Artillerie die feindlichen Quartiere. Gegen Jantimah erlitt eine unter das Feuer unserer Batterien genommene bulgarische Kolonne Verluste und wurde zerstreut. Von den Veselsbergen zum Bardar Tätigkeit der Patrouillen und Geschützfeuer mit Unterbrechung. An der serbischen Front hat der Feind seine Angriffe gegen den Kaimosalan wiederholt. Die von den Bulgaren auf diesem Punkte genommenen wenigen Großenteilstücke kosteten sie dort dem hartnäckigen Widerstande der serbischen Truppen schwere Verluste. Auf unserem linken Flügel brachen bulgarische Angriffe gegen unsere Stellungen östlich und westlich von Florina im Feuer der französisch-russischen Truppen zusammen, ehe sie an unsere Linien gelangten. Zwei Flugzeuge bombardierten Kainak, südwestlich von Monastir.

Serbischer Bericht. Im Verlaufe der Nacht gegen den Kaimosalan vermochten die Bulgaren in einigen Punkten unserer Gräben nur um den Preis schwerer Verluste Fuß zu fassen. Die Stimmung der Truppen ist ausgezeichnet.

Vom 28. September abends. (W. L. B.) Außer Geschützfeuer, das mit Heftigkeit an der Sommesfront weitergeht, ist kein Ereignis von Wichtigkeit von der gesamten Front zu melden.

Belgischer Bericht. Im Laufe der Nacht ist ein Bombenwerferkampf in der Gegend von Voeringhe losgebrochen. Heute war das Zentrum des belgischen Abkommens der Schaulplatz von Artilleriekämpfen. Unsere Geschütze aller Kaliber haben deutsche Anlagen und Batterien östlich von Dignuide heftig unter Feuer genommen.

Die englische Meldung.

Englischer Heeresbericht vom 28. September nachmittags. (B. Z. V.)

Unsere Linie wurde zwischen Martinpuich und Queudcourt vorgeschoben und es wurden westlich und südwestlich von Courcourt Posten eingerichtet. Unsere Stellung auf dem Höhenrücken nordöstlich von Thiepval wurde ausgebaut. Unsere Verluste während der letzten Tage sind relativ und absolut genommen gering, die Gesamtzahl unserer Verluste ist nicht größer als die doppelte Zahl der von uns gemachten Gefangenen.

Vom 28. September abends. (B. Z. V.) Heute griffen wir die Schwabenschanze an, die zum größten Teil in unseren Händen ist. In den letzten 24 Stunden wurden auf diesem Raume annähernd 800 Gefangene gemacht. Die Schanze liegt auf einer Steilwand nördlich von Thiepval und ist der höchste Punkt auf dem Thiepval-Höhenrücken. Von ihr hat man einen vollen Ausblick über das nördliche Tal der Ancre. An anderen Stellen unserer Front besetzten wir den Boden und rückten unsere Linie nördlich und nordöstlich von Courcourt vor. Die britischen Flugzeuge wirkten an den beiden letzten Tagen, wie gewöhnlich, mit der Infanterie in glänzender Weise zusammen. Den feindlichen Batterien wurde schwerer Schaden zugefügt; in einer ganzen Reihe von Fällen haben unsere Flugzeuge auch Truppentransporte mit Maschinengewehrfeuer angegriffen.

Sie haben einen Bericht über die Sommeschlacht erhalten, der von dem Befehlshaber eines deutschen Korps, das an der Schlacht teilnahm, abgegeben wurde. Der Bericht enthält eine Anerkennung des Wertes unserer Truppen. Es heißt darin: „Die britische Infanterie ist schneidig im Angriff, was zum großen Teil auf das ungetrübte Vertrauen zurückzuführen ist, das sie in ihre große artistische Ueberlegenheit setzt. Man muß zugeben, daß sie sich in geschickter Weise in den neu gewonnenen Stellungen einzuordnen verstanden. Sie zeigen große Hartnäckigkeit in der Verteidigung. Kleine Abteilungen, die sich einmal mit Maschinengewehren in einer Wald- oder Häusergruppe eingerichtet haben, sind schwer zu vertreiben.“

Die folgende Stelle in dem Bericht zeigt die Wirkung unserer Artillerie: „Wieder beruheten unsere aus der Erfahrung bei der Verteidigung und Angriff gewonnenen Anweisungen auf einem sorgfältig ausgearbeiteten Grabensystem. Die Truppen an der Somme fanden aber tatsächlich überhaupt keine Gräben.“

Englischer Bericht aus Saloniki vom 28. September. (B. Z. V.) An der Dairankontin wurden feindliche Arbeiterabteilungen zerstreut. Die feindlichen Flieger waren sehr tätig. Eine feindliche Flugmaschine fiel nieder.

Strumafont. Marinetruppen beschossen und zerstreuten eine feindliche Abteilung in der Nähe von Bazoldok, und die französische Artillerie eine andere Kolonne in der Nähe von Fenimod. Bei einem Vorpostenauflauf in der Nähe der Drijalbrücke wurde der Feind zum Rückzug gezwungen. Die Eisenbahnstation Angista wurde durch Marineflugzeuge bombardiert.

Der russische Kriegsbericht.

Vom 28. September. (B. Z. V.)

Westfront: Versuche vorgeschobener feindlicher Abteilungen, sich unter Feuer westlich von Niga zu nähern, wurden durch unsere Feuer abgeschlagen. Am Abend des 27. September unternahmen keine feindlichen Abteilungen in der Gegend südöstlich von Pinski nach Verfeinerung einer beträchtlichen Anzahl von Granaten einen Angriff; sie wurden sofort durch das Feuer unserer vorgeschobenen Abteilungen zurückgetrieben. In der Gegend Dubnoff (8 Kilometer nordöstlich von Swiniuch) — Swiniuch — Korytnia erneuerten sich die Kämpfe. Der Feind leistete hartnäckigen Widerstand und unternahm wiederholte Gegenangriffe, um unser Vorrücken zu verhindern. An der Dniester führten unsere Wasserflugzeuge unter dem Befehl des Schiffslieutenants Gorkowenko einen erfolgreichen Angriff auf die feindliche Flugstation am Angers-See aus und warfen Bomben auf sie ab. Unsere Flugzeuge wurden von den feindlichen Batterien beschossen und hatten Kämpfe mit zwanzig feindlichen Flugzeugen zu bestehen. Während dieses ungleichen Kampfes ist leider Leutnant Arsen Gorkowenko mit seinem Wasserflugzeug abgestürzt.

Meldung der italienischen Heeresleitung. Vom 28. September. (B. Z. V.) Hartnäckige Tätigkeit der feindlichen Artillerie gegen Limone am Gardasee und in dem Gebiete zwischen Valsio und Vanoio-Gismon. Auf der Hochfläche von Schleggen machte unsere Infanterie gestern einen Einbruch in ein feindliches Werk in der Umgegend von Casera und Pedia, warf die Verteidiger mit Handgranaten über den Haufen und kehrte in ihre Schützengräben zurück. Im oberen Cordebale hat der Gegner seinen Angriff gegen die von uns eroberte Stellung nahe dem Stamm des Monte Sief wiederholt; er wurde zurückgeworfen und erlitt schwere Verluste. An der übrigen Front Artillerietätigkeit, einige Geschosse fielen auf Gdrz.

Rumänischer Bericht.

Vom 27. September. (B. Z. V.) An der Nord- und Nordwestfront in den Calimabergen und bei Gurgin (Gürghin) Patrouillengefechte. Südlich von Sibia (Hermannstadt) finden noch im Nistale heftige Kämpfe statt. Unsere Truppen griffen den Feind an und warfen ihn zurück. Er zieht sich in voller Hast in nördlicher und nordwestlicher Richtung zurück. Wir erbeuteten 2 Maschinengewehre und machten 100 Gefangene, darunter 2 Offiziere. Südfront: An der Donau beiderseitiges Artilleriefeuer. In der Dobrußa Ruhe.

Luftkrieg: Am 26. September warfen feindliche Flugzeuge tagüber Bomben auf Bukarest und Dörfer südlich davon. Sie forderten einige Opfer. Es handelt sich dabei fast ausschließlich um Frauen und Kinder. Ein Zeppelin warf in der Nacht zum 27. September Brandbomben auf Bukarest, die zwei kleine Brände hervorriefen und schnell gelöscht wurden. Die Bomben töteten eine Frau und verletzten eine andere. Der Zeppelin wurde von unserer Artillerie betrieben. In der Gegend von Toplica zwang unsere Artillerie ein feindliches Flugzeug zum Niedergehen.

Der Luftschiffangriff auf Bukarest.

Bukarest, 28. September. (B. Z. V.) „Lijb“ erfährt aus Bukarest, daß der dem deutschen Luftschiffangriff am Montag fünfzig Bomben auf die Stadt abgeworfen sind. Es wurden dabei fünfzig Menschen, darunter Frauen und Kinder, getötet.

Vom U-Boot-Krieg.

London, 28. September. (B. Z. V.) Lloyd meldet: Der britische Dampfer „Kewby“ (2108 Tonnen) ist bei Peterhead versenkt worden. Der Dampfer „Lhurst“ (1244 Tonnen) von der Wilson-Linie ist ebenfalls versenkt worden; neun Mann von der Besatzung sind gerettet worden.

London, 28. September. (B. Z. V.) Lloyd meldet: Der Dampfer „Helma“ wurde versenkt, die Besatzung ist gerettet. Der schwedische Segler „Denguela“ ist gesunken, die Besatzung gerettet.

Deutsches Dementi.

Brüssel, 28. September. (B. Z. V.) Die Pariser Sabameldung, daß der deutsche Gouverneur von Belgien die Abreise der in Belgien befindlichen Frauen von Offizieren und Beamten zum 1. Oktober befehligt, ist ebenso unrichtig, wie der daran geknüpfte Kommentar, daß dies eine Räumung Belgiens vorbereiten sollte. Tatsächlich besteht von je die Anordnung, daß die in Belgien befindlichen Offiziere und Beamten von ihren Frauen nur in Ausnahmefällen besucht werden dürfen. Diese Anordnung ist erneut allen Beteiligten ins Gedächtnis gerufen und eingeschärft worden, da in letzter Zeit das Reisen von Damen nach Belgien überhand genommen hat.

Lloyd George über Englands Kriegsziel.

London, 28. September. (B. Z. V.) Meldung des Reuterscher Bureaus. Kriegsminister Lloyd George hat einem Vertreter der United Press of America eine Unterredung gewährt, der ihn nach seiner Ansicht über die jüngsten Friedensgerüchte fragte. Lloyd George antwortete ganz lapidar und sagte: Deutschland hat seine Entschiedenheit getroffen, daß es mit England kämpfen will, bis einem von beiden der Rest (Finish) gegeben worden ist. Wir werden dafür sorgen, daß es bestrafungswürdig wird. Der Kampf wird fortauern bis zur Niederwerfung (Knockout). Die ganze Welt, und auch die Neutralen mit den edelsten menschlichen Beweggründen, mögen wissen, daß eine Einmischung von außen in diesem Abschnitte des Kampfes nicht in Frage kommen kann. Großbritannien hat keine Vermittlung angerufen, als es zum Kampfe nicht vorbereitet war. Es wird jetzt keine dulden, da es dazu bereit ist, bis der preussische Militarismus auf ewig zertrümmert ist. Keine Krone ist von den Freunden der Deutschen vergossen worden, als Tausende von englischen Bürgern, deren militärische Ausbildung nur wenige Monate gedauert hatte, das Schlachtfeld betreten, um dort niedergemäht, bombardiert oder mit Gas vergiftet zu werden, und diese Leute sind jetzt bis zu Kränzen bewegt bei dem Gedanken an das, was kommen wird. Sie haben mit trockenen Augen den ersten Stunden des ungleichen Kampfes zugehört. Kein Hindernis und keine Leiden, die noch kommen können, können schlimmer sein als die Leiden dieser Toten der Allierten, die das ganze Gewicht der preussischen Kriegsmaschine im Anfang aber sich ergeben lassen mußten. In dem englischen Entschluß, den Kampf bis zur völligen Niederwerfung fortzuführen, liegt mehr als das natürliche Verlangen nach Rache. Wegen ihn sprechen die Unmenschlichkeit und die Unbarberzigkeit des bevorstehenden Kampfes; diese können aber nicht verglichen werden mit der Grausamkeit, die darin besteht, den Krieg jetzt zu beenden, solange die Zivilisation von demselben Feinde bedroht bleibt. Wenn wir auch das Ende des Krieges noch nicht sehen, so haben wir doch keinen Zweifel darüber, wie dieses Ende sein wird.

Aber Frankreich, fragte der Korrespondent, ist es ebenso entschlossen, den Kampf bis zu diesem Ende zu führen, hat es ebenso den Gedanken, zu kämpfen, bis die Friedensbedingungen Deutschland diktiert werden können?

Auf diese Frage antwortete der Kriegsminister nach einer längeren Pause mit sehr eindringlicher Stimme: Die Welt hat noch nicht gelernt, die Größe und den bewundernswürdigen Edelmut Frankreichs zu würdigen.

Bei den Engländern ist es der Sportsgeist, der das Heer bis zum letzten Augenblick beleben wird, bei den Franzosen wird die brennende Vaterlandsliebe das Heer bis zum Ziel aufrechterhalten, ohne danach zu fragen, wann das Ende kommen soll.

Und Rußland? fragte der Korrespondent.

Rußland wird bis zum Tode kämpfen, unterbrach ihn Lloyd George. Rußland war langsam zu erwachen, aber es wird ebenso langsam in der Verhütung seines Gefühls gegen die Feinde, die es zu diesem schweren Kriege gezwungen haben, und es wird nicht vergessen. Es schlägt los in dem Augenblicke, in dem es am wenigsten erwartet wird. Nein, es wird keinen Ausreicher bei den Alliierten geben. Niemals wieder, ist unser Kriegszustand geworden. Die Leiden und Schmerzen vermehren sich bei uns. Die Stufen des Kampfes sind unbeschreiblich. Ich komme vom Schlachtfeld in Frankreich zurück. Ich habe geglaubt, an den Pforten der Hölle zu sein, als ich sah, wie Whirlpools von Männern in den Glutöfen hineingeworfen, und ich habe einige verflümmelt und unermüdet vorwärts wieder zurückkehren sehen. Dieses Schreckliche darf sich nicht wieder auf Erden ereignen. Ein Mittel, ihm ein Ende zu machen, besteht darin, den Urhebern dieses Verbrechens gegen die Menschheit, eine solche Strafe aufzuerlegen, daß die Versuchung, ihr Beginnen zu wiederholen, ein für allemal aus den Herzen der Regierenden, die einen verderbten Geist haben, getilgt wird. Das ist das, was England will.

Englands Wirtschaftskrieg — ein Wahnsinn.

London, 29. September. (Z. U.) Auch die neue nicht pazifistische Redaktion des „Economist“ wendet sich gegen die Weisheit der Wirtschaftsverbände, die einen Teil der Welt dadurch bereichern wollen, daß sie den anderen Teil wirtschaftlich zugrunde richten und nennt ein solches Vorgehen eine wahnsinnige Theorie, die nur in Kriegszeit entstehen könne. Die Redaktion weist darauf hin, daß die Wirtschaftskriege die viel schwächeren aber weniger denken, Deutschland dadurch bestrafen wollen, daß sie es in Armut stoßen; wie dies jedoch möglich ist, ohne England und seine Verbündeten zu verarmen, über dieses Problem wird mehr gesprochen als gedacht. Würde es, so fragt die Redaktion, unserem Schiffbau und unserem Maschinenbau von Vorteil sein, wenn wir die Zufuhr von billigen Rohstoffen aus Deutschland verbieten würden? Oder würde vielleicht unser Ausfuhrhandel eine Blütezeit erleben, wenn wir die Ausfuhr nach Deutschland einstellen?

Der Weltmarkt, durch den England groß wurde, würde zum Schaden Englands sich verändern, das wäre ein schlimmer Tag für die Kultur, wenn wir, um Deutschland zu schaden, unsern Handel mit Amerika abbrechen und dadurch Deutschland und die große Republik zu einem engeren Wirtschaftsverbände zwingen. Denn wenn ein hoher Tarif deutsche Waren vom englischen Markt fernhält, dann würden die Deutschen zweifellos zur Gründung von Unternehmungen in neutralen Ländern übergehen. Wenn wir uns selbst durch einen Tarif gegen unsere Kolonien, durch einen höheren Tarif gegen unsere Bundesgenossen, durch eine noch höhere Tarismauer gegen die neutralen Staaten und endlich durch eine Drahtverperrung gegen unsere Feinde schützen wollten, dann würden wir uns selbst unübersteigliche Hindernisse in den Weg legen.

Der Schreiber weist zum Schluß darauf hin, England müsse auch beim Friedensschlusse zeigen, daß es den Kampf für die Kultur geführt habe. Der Friede, so sagt die Redaktion, muß so beschaffen sein, daß selbst unsere Feinde uns nicht beschuldigen können, wir hätten den Krieg geführt, um uns des deutschen Handels zu bemächtigen.

Ein Feldzug gegen die Sozialdemokratie in Italien.

Seit einigen Wochen deutet das politische Barometer in Italien auf Sturm. In der Beschlagnahme des Friedensmanifestes einer sozialistischen Jugendgruppe und der Verhaftung der der Urheberin verdächtigen Genossen hat die Verschärfung des Regierungsverhalten gegenüber der Sozialdemokratie einen besonders scharfen und deutlichen Ausdruck gefunden, und die bürgerlichen Blätter, insbesondere die der nationalistischen und interventionistischen Richtung haben nicht verfehlt, dieses Ereignis in lächerlicher Weise zu übertrieben und zum Anlaß einer wüsten Dege gegen die sozialistische Partei zu nehmen. Es ist als hätte sich das Bürgertum in

Italien unter dem Schutze des Krieges und des Besetzungszustandes zu einer großen Abwendung mit der Sozialdemokratie. Nichts ist doch die italienische Bourgeoisie durch die sozialdemokratische Partei dauernd demütigt, da diese ihre Kreise jüdet und den Bürgerkrieg des nationalen Blocks immer wieder durch ihre unbedeutende Agitation bricht und erschüttert. In der Tat ließ sich die italienische Sozialdemokratie, wenn von unbeträchtlichen Abspaltungen abgesehen wird, durch die angeblich neuen Erfahrungen des Krieges nicht im mindesten beeinflussen.

Getreu ihrer These, daß der Krieg nur eine Lebensäußerung der kapitalistischen Gesellschaftsform ist und als solche den fundamentalen Gegensatz zwischen den ökonomischen und kulturellen Interessen und Idealen der Bürgerklasse und des Proletariats gar nicht berührt, organisierte die italienische Sozialdemokratie mitten im Kriege den Kampf gegen den Krieg und alle seine Ursachen und Begleiterscheinungen. So verbreitete sie trotz aller Anfeindungen und Verfolgungen im ganzen Lande das Zimmerwörter Manifest und trug die Aufklärung über den Sinn dieses Krieges und seine wahren Beweggründe bis in die entlegensten Bezirke. Daraus erklärt sich die gewaltige Erbitterung des italienischen Bürgertums gegen die sozialistische Partei, die mit ihrer großzügigen Friedensarbeit die Kriegspolitik der nationalistischen Kreise hemmt und gefährdet. Nun scheint ihnen der Moment günstig, um der Partei einen entscheidenden Schlag zu versetzen. Die Führung haben hierbei die „demokratischen“ und reformistischen Blätter übernommen. Die rechten und gemäßigten Parteien benehmen sich diesmal zurückhaltender, äußern sich vorläufiger und überlassen es, wie der „Avanti“ bemerkt, der bürgerlichen Demokratie, ihnen die Stationen aus dem Feuer zu holen. Sie haben zu schlechte Erfahrungen in dem Kampf gegen den Sozialismus gemacht, daher lassen sie heute den radikalen und reformistischen Nationalisten und Interventionisten den Vorritt, die diese Aufgabe mit um so größerem Eifer auf sich nehmen, als sie in dem Sozialismus ihren Totengräber und ihren künftigen Erben sehen. Die Aktion scheint schon von langer Hand vorbereitet zu sein. Seit Wochen bereits drachte der „Avanti“ spaltenlange Berichte über Verfassungen, Prozesse und Polizeischikanen gegen Parteigenossen. Der römische Korrespondent des sozialistischen Zentralorgans deutet an, daß diese neue Kampagne gegen die Sozialdemokratie auf die Initiative des Ministers Orlando zurückzuführen sein dürfte, der gewisse seiner einmaligen Sympathie für den Sozialismus und der Furcht vor der Einbuße seiner gegenwärtigen und künftigen Macht hin und her schwankend, dem Drängen der Anhänger Salandras und der Reformisten nachgegeben und sich, obwohl schwerer Herzens, zur offenen Feindschaft gegen die Sozialisten entschlossen habe. Der Korrespondent erörtert hierbei die Frage, wie die Partei diesen Schlag parieren könne. Sollte sie sich etwa auf eine passive Weisheit, schamhafte Proteste oder eine flehmütige Defensivbeschränkung? Eine allseitige umfassende Lösung des tatsächlichen Problems sei schwierig, daher beschränkt sich der Korrespondent auf einzelne Vorschläge und Anregungen. Ist es richtig — so fragt er —, daß die Sozialdemokratie angesichts der neuen Situation noch weiter mit dem Bürgertum in den Kommunen an der inneren Verwaltung mitarbeitete? Der Sozialismus opfere diesen Aufgaben seine besten Kräfte; diese lämen schließlich nur dem Kriege und den Gegnern zugute, die allein hieraus Nutzen zögen, während alle auf das Wohl der Massen gerichteten Bestrebungen nur auf Hebeln und Widerstand stoßen. Vor allem aber sei es nötig, daß in einer Zeit, wo die freie Meinungsäußerung unterbunden, die Presse gebesselt sei, und wo in Rom, dem Sitz der Regierung, ständig gefährliche Intrigen und niederträchtige Pläne geschmiebelt würden, die Mitglieder der Parlamentsgruppe möglichst vollständig in der Hauptstadt versammelt seien, da sie hier wenigstens die Möglichkeit hätten, etwas über die Absicht der Gegner zu erfahren und rechtzeitig Gegenmaßnahmen zu treffen.

Indessen, selbst wenn das Ungewitter, das sich über dem Haupt der Sozialdemokratie zusammenzieht, tatsächlich zum Ausbruch kommen sollte, wird es die Sozialdemokratie nicht unvorbereitet treffen und die gegen die Partei infingierten Hege wird nicht vermögen, sie einzuschüchtern und mundtot zu machen. Sie wird auf diese Aktion schon seit langem vorbereitet und trifft nun auch und vollständig alle Vorkehrungen zu ihrer Abwehr. Es war voranzugehen, daß es so kommen werde; denn in diesem neuen Feldzug vertritt sich nur das alte Programm der nationalistischen und interventionistischen Gruppe, dessen zwei wesentliche Punkte: die Ausdehnung des Kriegesbereichs nach außen und die Zusammenfassung aller Kräfte zum Kampf gegen den inneren Feind sind. Es gilt, wie der „Avanti“ in einem „Der Krieg gegen die Sozialistische Partei“ überschriebenen Artikel sagt, die Sozialdemokratie für die Dauer des Krieges aus dem nationalen Leben auszuschalten. Der erste Teil des Programms sei nunmehr verwirklicht. Es habe den Anschein, als wolle man nunmehr an die Durchführung des zweiten Teiles gehen. Die Verhaftung der Herausgeber des Friedensmanifestes und ihre Auslieferung an die Militärgerichte sei der erste Schritt in dieser Richtung; als weitere Schritte seien harte Maßnahmen gegen die sozialistischen Abgeordneten und die Presse zu erwarten. Dies wenigstens seien die Forderungen des „Secolo“ und anderer bürgerlichen Blätter.

Diesem Programm entgegen: „Wir erwarten, daß die Drohung vollzogen wird.“ schreibt er. „Es ist nicht das erste Mal, daß wir dem Feinde die Stirn bieten. All diese Aktionen haben immer das gleiche Ergebnis. Was einem Crispi, einem Rubin, einem Bellouz nicht gelang, wird auch einem Bislati nicht glücken, selbst wenn er an einem „nationalen“ Ministerium beteiligt ist. So werden auch diesmal keine Drohungen und keine Gewalttaten uns zur Verleugnung unserer Ideen zwingen oder uns daran hindern, unsere Pflicht zu tun und unsere sozialistische Aufgabe durchzuführen. Was wir vor dem Kriege waren, das sind und bleiben wir während des Krieges. Wir haben stets offen unsere Meinung gesagt und keinen unserer Gedanken verheimlicht.“ Der Artikel schließt mit den Worten: „Mag auch diese sozialistenhemmende Divergenz kommen; wir werden ihren Urhebern das gleiche zurufen, was wir zu Salandra sagten, als er im Parlament seine Bioge gegen uns schleuderte: Tu es Sie, was Ihnen beliebt!“

Letzte Nachrichten.

Die Einkommensteuer in Frankreich.

Bern, 29. September. (B. Z. V.) In der gestrigen Sitzung des französischen Senats sprach der Finanzminister Ribot über die Dringlichkeit einer möglichst baldigen Beratung und Annahme des Einkommensteuergesetzes. Unter Hinweis auf die stetig anwachsende Handelsunterbilanz verlangte Ribot, daß alles aufgegeben werde, damit alle im Lande liegenden Produktionsmöglichkeiten verwirklicht würden. Diese Forderung müsse auch an die Kriegsverwaltung gestellt werden. Vor der Abstimmung über die vorläufigen Budgetgewölste, die einstimmig genehmigt wurden, stellte Doumer die Anfrage, ob künftig nicht wieder ein festes Budget vorgelegt werden könne. Regelmäßigkeit in den Finanzen sei besonders im Kriege nötig.

Ratifizierung des deutsch-schweizerischen Wirtschaftsabkommens.

Bern, 29. September. (B. Z. V.) Meldung der Schweizerischen Telegraphenagentur. Der Bundesrat hat in der heutigen Nachmittagsitzung das Wirtschaftsabkommen mit Deutschland ratifiziert.

Beigelegter Streif.

Rotterdam, 29. September. (B. Z. V.) Der Streif beim Rotterdamischen Lloyd ist wieder beigelegt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Verhältnisse der Bau- und Geldschrankhändler.

In einer am Donnerstag abgehaltenen Versammlung dieser Branche wurde unter anderem ausgeführt: In den Bauhändlerbetrieben, ebenso in den Geldschrankfabriken hat der Krieg wesentliche Veränderungen mit sich gebracht. Bauarbeiten kommen fast gar nicht vor, deshalb haben sich die Bauhändlerbetriebe der Arbeit für den Heeresbedarf zugewandt. Dasselbe trifft auch für die Geldschrankfabriken zu. Die Löhne, welche in den Betrieben der Bau- und Geldschrankhändler gezahlt werden, bleiben in vielen Fällen weit zurück hinter den Löhnen, welche in anderen Metallbetrieben für Arbeiter üblich sind. Die Schlossermeister zahlen den Eingestellten oft nicht mehr als den tariflichen Mindestlohn. Infolgedessen sind Stundenlöhne von 75—85 Pf. nicht selten, 90—95 Pf. bilden die Regel, Stundenlöhne von 1—1,10 M. kommen nicht oft vor. Bei Akkordarbeit stellt sich der Verdienst etwas höher, nämlich auf 1,25 bis 1,75 M. pro Stunde. Die Frauennarbeit in den Schlossereien hat einen großen Umfang angenommen. Die Frauen leisten Arbeiten, die man ihnen früher nicht anvertraut haben würde. Namentlich haben sie sich gut bewährt bei gewissen Hilfsarbeiten, die sonst von jungen Männern ausgeführt wurden. Die Löhne, welche die weiblichen Arbeitskräfte in den Schlossereien erhalten, entsprechen aber nicht ihren Leistungen. In einem der größeren Betriebe erhalten die Frauen einen Stundenlohn von 45 Pf. In einem anderen Betriebe wurden junge Mädchen mit 25 Pf. pro Stunde entlohnt. Bei Akkordarbeit erreichen auch die Arbeiterinnen in der Regel einen höheren Verdienst; aber die Akkordlöhne werden für sie niedriger bemessen als für die männlichen Arbeiter. Ein besonders krasser Fall dieser Art kam in einem großen Betriebe vor. Eine Arbeit, die den Männern mit einem Akkordpreise von 1,45 M. bezahlt wurde, ist den Frauen für den Tag von 83 Pf. übertragen worden. Meistens wird auch den Arbeiterinnen der tarifliche Zuschlag für Überstunden verweigert. Die Schlossermeister jagen, im Tarif siehe nichts von Frauen, deshalb seien sie diesen gegenüber nicht an den Tarif gebunden.

Die Lehrlingsverhältnisse haben sich während des Krieges sehr ungünstig gestaltet. Schon vor dem Kriege war die Zahl der Lehrlinge in manchen Schlossereien im Verhältnis zur Zahl der Gesellen sehr groß. Nachdem viele Meister und Gesellen eingezogen worden sind, hat sich dies Verhältnis noch verschlimmert. Dazu kommt, daß die Lehrlinge häufig Überstunden machen müssen. In einer Werkstatt mußten die Lehrlinge regelmäßig bis 10 Uhr abends arbeiten. Erst durch eine Beschwerde bei der Feldzugsmeisterei wurde erreicht, daß die Lehrlinge nur bis 8 Uhr beschäftigt werden dürfen. In einem anderen Betriebe hatten die Lehrlinge, weil sie keine Überstunden mehr machen wollten, die Arbeit eingestellt. Infolgedessen kam eine Vereinbarung zustande, wonach die Lehrlinge nur eine Überstunde täglich machen brauchen. Das Kostgeld der Lehrlinge ist wegen der Teuerung allgemein erhöht worden, jedoch in sehr verschiedenem Maße. Nur in einem Betriebe ist das Kostgeld verdoppelt, in allen anderen Fällen ist die Erhöhung geringer.

Die Branchenleitung war seit längerer Zeit bemüht, Teuerungszulagen beziehungsweise Lohnermäßigungen für die in den Bau- und Geldschrankhändlerbetrieben beschäftigten Kollegen zu erlangen. Es ist auch in einer Reihe von Betrieben gelungen, Zulagen von 10, 15, 20 Proz. zu erhalten.

Wenn beide recht haben.

Dieser seltene Fall ereignete sich vor der Schlichtungskommission der Schneider. Ein Beklagter Meister hat Nachahrungeklänge hergestellt und seinem Arbeiter dafür pro Stück zuerst für einen geringen Teil 1,85 M. und später dann 1,90 M. gezahlt, so daß ein Durchschnittspreis von ungefähr 1,87 1/2 M. herauskam.

Der Kläger berief sich nun auf den Tarif, wonach der Preis viel höher angesetzt sei.

Demgegenüber wandte der Beklagte ein: Er habe die Arbeit von der Handwerkskammer in Frankfurt a. O. erhalten. Zur Sicherheit habe er dort auch angefragt, wieviel er seinem Arbeiter bezahlen müsse. Die Antwort lautete, der letzte Arbeiter müsse 1,87 1/2 M. erhalten. Beklagter wies darauf hin, daß er sogar noch etwas mehr als diesen Preis gezahlt habe.

Der Kläger betonte aber, daß er in der Zeitung nachträglich gelesen habe, daß der Preis erheblich höher sein müsse, und er darum zu wenig erhalten hätte. Und er hatte wirklich recht. Der Vertreter des Bekleidungsamts klärte nämlich die verwickelte Geschichte insofern auf, als er nachwies, daß die hiesigen Meister für dieselbe Arbeit 3,20 M. zahlten und der letzte Arbeiter 2,40 M. erhalten müsse. Dagegen seien in Frankfurt a. O. die Preise so angesetzt, wie die Handwerkskammer berichtet hatte.

Magistratsrat v. Schulz: „Demnach hat also die Handwerkskammer unrecht getan. Sie hat eine objektiv falsche Auskunft erteilt. Sie hätte wissen müssen, daß der Preis in Berlin ein anderer ist. Der Gehalt liegt aber darin, daß sie überhaupt Arbeit nach Berlin geschickt hat. Diese Preise waren nämlich für Frankfurter Verhältnisse zugeschnitten. Es haben also beide Parteien recht, die Schuldige ist die Handwerkskammer. Die Schlichtungskommission wird sich mit derselben in Verbindung setzen und in einem weiteren Termine sich noch mit der Sache beschäftigen.“

Eine Steynerin klagte auf 150 M. Nachzahlung. Sie hatte einen Wochenlohn von 19—24 M. erhalten, während sie als tüchtige Arbeiterin beim Stücklohn das Doppelte hätte verdienen müssen. Sie hatte meist Lederhosen gefertigt.

Der Beklagte erhob für die im Jahre 1915 geleistete Arbeit den Einwand der Verjährung, betreffs des übrigen wollte er sich vergleichen und zwar zuletzt in Höhe von 50 M. Dieser Vergleich kam auch zustande, womit der Fall erledigt war.

Deutsches Reich.

Die Hirsch-Dunderschen Vergarbeiter.

Der Hirsch-Dundersche Gewerksverein der Vergarbeiter hat in Oberhavel (Abemland) seine 12. Generalversammlung abgehalten. Der Vorsitzende Schmidt behandelte in seinem Tätigkeitsbericht die Entwicklung der Lohnfrage und legte folgende Resolution, die einstimmig angenommen wurde, vor:

„Die 12. ordentliche Generalversammlung des Gewerksvereins der Vergarbeiter (H.-D.) bedauert entschieden die ablehnende Haltung der Werkbesitzer betr. Errichtung eines Einigungsamtes für den Vergbau. Wäre ein solches zustande gekommen, als die vier gewerkschaftlichen Vergarbeiterverbände es alsbald nach Kriegsausbruch beantragten, so wären Arbeitsniederlegungen im Vergbau ohne Zweifel ebenso vermieden worden, wie in den übrigen Verufen. Die Werkbesitzer tragen deshalb die Verantwortung für dieselben.“

Versammlung begrüßt es, daß zwischen den vier Vergarbeiterverbänden eine Arbeitsgemeinschaft zustande gekommen ist.

Versammlung billigt auch durchaus die Haltung der Vorstandsältesten im Allgemeinen Knappheitsverein zu Votum gegenüber dem von der Verwaltung vorgelegten Verträge. Da die Knappheitsärzte nicht Angestellte des Vereins sind, kann es auch nicht Aufgabe derselben sein, den Ärzten Ruhegehälter und Hinterbliebenenpensionen zu gewähren. Versammlung ist vielmehr der Meinung, daß die Ärzte, wenn sie das Bedürfnis für eine solche Kassenrichtung haben, sich selbst eine solche schaffen können. Ganz abgesehen davon, daß der Verein durch diese Einrichtung weiter belastet würde, gerieten die Ärzte dadurch in eine noch größere Abhängigkeit von der Verwaltung. Die Selbständigkeit der Ärzte ist jetzt schon ohnehin zu sehr eingesenkt.“

In bezug auf die Zentralisationsbestrebungen in der Arbeiterbewegung sagte der Redner, daß sich der Einheitsgedanke unter den Vergarbeitern stark bemerkbar mache, die Voraussetzungen für eine Einheitsorganisation aber zurzeit noch nicht gegeben seien, da die verschiedenen Richtungen nicht gewillt seien, ihre Eigenart aufzugeben. Es empfehle sich aber die Verwirklichung des

Gewerksvereins der Vergarbeiter mit dem Gewerksverein der Fabrik- und Handarbeiter, da auch in letzterem eine Anzahl Vergarbeiter organisiert sei. Der Vorschlag wurde angenommen. Die Vergarbeiter sollen unter der Leitung Schmidts eine selbständige Sektion im Fabrik- und Handarbeiterverein bilden. Die Vereinigung wird am 1. November d. J. vollzogen werden. Ueber den Stand und die Mitgliederzahl, die stets klein war, wurde die Deffinitivität kein Aufschluß gegeben.

Tarifverlängerung im Hamburger Brauergewerbe.

In einer gemeinschaftlichen Mitgliederversammlung der am 20. J. mit den Verbandsbrauereien beteiligten Organisationen wurde folgendes Schreiben bekanntgegeben:

An den Verband der Brauerei- und Mälzerei- und verwandter Berufsgruppen, Hauptstelle Hamburg, Hamburg l.

In Verantwortung Ihres Schreibens vom 18. d. M. teilen wir Ihnen unter Bezugnahme auf die Verhandlungen am 20. d. Mts. mit, daß in unserer gestrigen Gesellschaftsversammlung beschlossen worden ist, allen Arbeitern, den verheirateten sowohl wie den unverheirateten, bis auf Widerruf eine weitere wöchentliche Erhöhung der Teuerungszulage um 3 M. zu gewähren, die zum erstenmal am 8. Oktober d. J. zur Auszahlung gelangt. Damit bleibt dann der Tarifvertrag bis Ende 1917 in Kraft. Wir bitten Sie, hiervon auch die mitunterzeichneten Organisationen in Kenntnis zu setzen und zu zeichnen

Hochachtungsvoll!

Brauereiverband für wirtschaftliche Interessen von Hamburg und Umgegend, Gesellschaft mit beschr. Haftung, Scheel.

Die Versammlung nahm das Angebot der Brauereien einstimmig an. Damit bleibt der Tarifvertrag ein weiteres Jahr in Kraft. Die Teuerungszulage beträgt ab 1. Oktober d. J. für ledige 5 M. und für verheiratete Arbeitnehmer 7 M. pro Woche.

Soziales.

Verwickelte Geschäftsverhältnisse bei einer Militärlieferung.

In einer vor der Kammer 2 des Gewerbegerichts verhandelten Klage stritten drei Personen darum, welche von ihnen als Arbeitgeber des Klägers anzusehen sei. Es wollte nämlich keiner von den Dreien der Arbeitgeber sein, denn keiner von ihnen wollte zahlen was der Kläger forderte.

Der Kläger, Zwischenmeister Vool, nimmt einen Unternehmer Meyer als seinen Arbeitgeber in Anspruch. Meyer hat einen Betrieb, wo Militärarbeiten der Sattlerbranche angefertigt werden. Von dem Zwischenmeister Vool, der im Betriebe Meyers angestellt ist, hat der Kläger die Arbeiten erhalten. Da der Akkordlohn nicht dem Tarif entsprach, so forderte der Kläger Nachzahlung der Differenz. Meyer bestritt, der Arbeitgeber des Klägers zu sein. Um diese Streitfrage zu prüfen, erhob das Gericht Beweis, wobei sich folgendes herausstellte.

Ein Kaufmann Swoboda hatte einen Auftrag von der

Militärverwaltung bekommen. Hinter Swoboda stand eine Wankfirma Diesbach u. Wöblius, die, wie Swoboda sagte, die Ausführung des Auftrags finanzierte. Swoboda ließ die Arbeiten nicht selbst ausführen, sondern er übergab sie dem Beklagten Meyer. Dieser gab den Auftrag wieder an seinen Werkmeister Jadowski, damit er ihn in seiner freien Zeit ausführe. Jadowski machte die betreffenden Arbeiten auch nicht selbst, sondern gab sie weiter an den Kläger, vielleicht auch noch an andere Zwischenmeister und Arbeiter. Hieraus folgert Meyer, daß Jadowski für diese Arbeiten als selbständiger Unternehmer in Frage komme. Dagegen wehrt sich wieder Jadowski, und so entstand die dritte Version, daß Swoboda der eigentliche Arbeitgeber sei. Einig waren alle drei darin, daß der Kläger seinen Gehilfen auch nicht den tarifmäßigen Lohn gezahlt habe und jetzt einen unbedeutenden Ertragsgewinn für sich heraus schlagen wolle.

Die Frage, wer eigentlich als Arbeitgeber des Klägers zu gelten hat, wurde nicht entschieden, denn es kam schließlich ein Vergleich dahin zustande, daß der Beklagte Meyer dem Kläger eine Abfindungssumme von 75 M. zahle und der Kläger sich verpflichtete, einen entsprechenden Anteil seinen Gehilfen zu geben. (2)

Zur Angestelltenversicherung.

Der Bundesrat hat in der Sitzung vom 28. September 1916 eine Verordnung über die Versicherungspflicht von Angestellten für Beschäftigungen während des Krieges erlassen.

Nach der neuen Verordnung sind Personen, die eine an sich versicherungspflichtige Tätigkeit aller Wahrscheinlichkeit nach nur während des Krieges ausüben — eine solche vorher nicht ausübten und nachher vermutlich nicht mehr ausüben werden — nicht versicherungspflichtig nach dem Angestelltenversicherungsgezet. Doch dürfen, wenn Beiträge zur Angestelltenversicherung für die Dauer der an sich versicherungspflichtigen Beschäftigung von solchen Personen tatsächlich entrichtet sind, die Leistungen der Angestelltenversicherung nicht deshalb abgelehnt werden, weil die Beiträge zu Unrecht entrichtet seien. Hierdurch soll einer nachträglichen Schädigung von Personen, die, ohne dazu genötigt zu sein, die verhältnismäßig hohen Beiträge zur Angestelltenversicherung entrichtet haben, vorgebeugt werden. Auch das Heilverfahren gehört zu solchen Leistungen der Angestelltenversicherung. Da die Frage, ob eine Person nach Kriegsende ihre versicherungspflichtige Tätigkeit voraussichtlich fortsetzen wird, nicht selten schwer zu beantworten ist, so macht die Verordnung, für eine Frist von einem Monat nach ihrem Inkrafttreten oder nach dem Beginn des Beschäftigungsverhältnisses, ihre Wirksamkeit von einer Erklärung des Angestellten gegenüber der Reichsversicherungsanstalt abhängig. Bereits früher getroffene rechtskräftige Entscheidungen, die im Gegensatz zu dieser Verordnung die Frage der Versicherungspflicht eines Angestellten bejaht haben, werden, auf fristmäßigen Antrag des Versicherten bei der in Betracht kommenden Stelle, aufgehoben. Die Verordnung soll auch zugunsten der vor ihrer Verkündung während des Krieges in ein Angestelltenverhältnis getretenen Personen Anwendung finden. Sie erhält deshalb rückwirkende Kraft bis zum Kriegsbeginn.

Authentisches über die Gerüchte zur Kriegsanleihe.

Trotz aller Aufklärung in Schrift und Wort über die neue Kriegsanleihe gehen immer noch vereinzelt Gerüchte um, die geeignet sind, ängstliche Gemüter von der Zeichnung abzuhalten. All diese Gerüchte haben jetzt eine endgültige authentische Erwidrerung durch den Staatssekretär des Reichsschatzamts, durch den Reichsbankpräsidenten und durch den Staatssekretär des Innern anlässlich einer Besprechung mit den Vertretern des Deutschen Handelstags, des Deutschen Handwerks- und Gewerbelammertags, des Deutschen Landwirtschaftsrats und des Kriegsaussschusses der deutschen Industrie erfahren, die im folgenden kurz zusammengefaßt werden sollen.

1. Ist eine Beschlagnahme der Sparkassenguthaben beabsichtigt?

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts, Graf v. Rüdern, bezeichnete dieses Gerücht als unsinnig und führte weiter aus:

Die Tatsachen haben inzwischen dieses Gerücht Lügen gestraft; sie haben bewiesen, daß die Regierung nie daran gedacht hat, zu einem Zwang in irgendeiner Form zu schreiten.

2. Ist eine Herabsetzung des Zinsfußes vor Ablauf der Konvertierungsfrist möglich?

Nachdem der Staatssekretär des Reichsschatzamts seine Verwunderung ausgesprochen hatte, daß dieses Gerücht von Leuten weitergetragen wird, denen man einen derartigen Denkfehler nicht zutrauen sollte, sagte er wörtlich:

Ich glaube, daß bei näherem Durchdenken niemand eine so handgreifliche Ungerechtigkeit für möglich halten und irgendeiner Regierung einen derartigen Vorschlag oder dem Reichstag die Zustimmung zu ihm zutrauen wird. Gewiß werden wir nach dem Kriege zur Heilung seiner Wunden, zum Wiederaufbau des Wirtschaftslebens Geld brauchen, aber Finanzwirtschaft und Steuertechnik sind ausgebildet genug, um dann, wenn es not tut, nicht den Weg des Bruches eines Zahlungsverversprechens, sondern den einer gerechten und gleichmäßigen Heranziehung der Steuerquellen zu beschreiten. Das darf ich heute wiederholen, daß jede Regierung und jedes Parlament, die für die Verwaltung des Reichs und seine Gesetzgebung verantwortlich sind, es als ihre vornehmste Aufgabe betrachten werden, den Gläubigern des Reichs, und zu ihnen gehören auch viele Millionen wirtschaftlich Schwacher, das gegebene Zahlungsverprechen zu halten, d. h. also die Anleihen zum vollen Zinsfuß zu verzinsen und, wenn etwa nach dem Jahre 1924 von der Kündigung Gebrauch gemacht werden sollte, sie zum vollen Nennwert zurückzahlen.

3. Ist die Kriegsanleihe alsbald nach dem Kriege wieder zu Geld zu machen?

Hierzu erklärt der Präsident des Reichsbank-Direktoriums Dr. Havenstein:

Sorgen und Zweifel hierüber sind nicht berechtigt. Daß nach dem Kriege große Beträge der jetzt gezeichneten Kriegsanleihen an den Markt zurückströmen werden, um wieder zu Gelde gemacht zu werden, ist freilich zu erwarten, und nicht minder, daß ebenso große Beträge von neuen Kreditbedürfnissen sich an den Markt drängen werden. Dies ist aber längst erkannt, und die maßgebenden Instanzen sind sich völlig klar darüber, daß dieser Gefahr nach dem Kriege begegnet werden muß, aber auch begegnet werden kann. Die Frage ist in ernstester Erwägung und Bearbeitung, und es sind bereits ganz bestimmte Pläne und Maßnahmen in Aussicht genommen, die nach menschlichem Ermessen geeignet und ausreichend sein werden, auch einen sehr großen Andrang solcher Wertpapiere aufzunehmen und unter Mitwirkung der Darlehnskassen, die noch eine Reihe von Jahren, wohl mindestens vier bis fünf, aufrechterhalten werden müssen, die allmähliche Wiederunterbringung dieser aufgenommenen Bestände auf eine entsprechende Anzahl von Jahren zu verteilen und damit nachteilige Folgen zu verhindern.

Der Reichsbankpräsident legte die hierfür in Aussicht genommenen Pläne und Maßnahmen des näheren dar und fand damit die volle und befriedigte Zustimmung der aus unseren auf diesem Gebiete sachkundigsten und urteilsfähigsten Männern zusammengesetzten Versammlung.

4. Verlängerung oder verkürzung die Beteiligung an der Zeichnung die Kriegsdauer?

Zu dieser Frage nahm der Staatssekretär des Innern Dr. Helfferich Stellung. Er wies auf den brutalen Hungerkrieg Englands gegen Deutschland und die Neutralen hin und bezeichnete England als „die Seele der gegen uns gerichteten Weltverschwörung“:

Gerade weil England in seinem Vernichtungskriege von Anfang an so stark auf seine Geldmacht gerechnet hat, müssen wir zeigen, daß diese Rechnung falsch ist, müssen wir bei der fünften Kriegsanleihe erneut beweisen, daß wir von dem entschlossensten Siegeswillen besetzt sind. Kein infameres und falscheres Wort als das hochverräterische Getuschel: „Die Anleihezeichnung verlängert den Krieg!“ Das Gegenteil ist richtig: Wer Kriegsanleihe zeichnet, hilft den Krieg verkürzen und den Sieg beschleunigen; wer aber mit seinem Gelde zu Hause bleibt, der besorgt Feindesarbeit.

Chronik des Weltkrieges.

30. September 1914.

Auf dem westlichen Kriegsschauplatz keine wichtigen Ereignisse. Auf dem östlichen Kriegsschauplatz zogen sich die Russen an der Weichsel vor den verbündeten deutschen und österreichischen Streitkräften zurück.

30. September 1915.

Westlicher Kriegsschauplatz: Die Franzosen setzten ihre Durchbruchversuche nur in der Champagne fort.

Nördlich Loos schritt der deutsche Gegenangriff langsam vorwärts. Ein französischer Teilangriff südlich Arras wurde abgewiesen. Zwischen Reims und den Argonnen erbitterte Kämpfe. 800 Franzosen wurden zu Gefangenen gemacht.

Nach der französischen Hauptquartiersmeldung beziffern die Franzosen die Zahl der in ihrer Offensive gemachten Gefangenen auf 23 000.

Ostlicher Kriegsschauplatz: Ostlich von Smorgon wurde die russische Stellung im Sturm durchbrochen. 1000 Gefangene wurden gemacht.

Auch die Armeelinfingen warf am oberen Gornin die Russen in östlicher Richtung zurück und erbeutete 800 Gefangene.

Die Zeichnungen für die dritte Kriegsanleihe haben ein Ergebnis von 12 101 Millionen gehabt.

Politische Uebersicht.

Die politische Tendenz des Herrn Wassermann.

Vor einigen Tagen machte der Brief des Geh. Kommerzienrats Körtzing an den nationalliberalen Führer Wassermann von sich reden, in dem dieser namens einer in Hannover stattgefundenen Versammlung aufgefordert wurde, alle Rücksichten auf seine Wähler fallen zu lassen und nach Fühlungnahme mit den Führern der Rechten, des Bundes der Landwirte, den übrigen sechs Verbänden usw. den Reichskanzler durch ein Misstrauensvotum zu stürzen. Die rechtsstehende Presse suchte den Körtzingischen Brief, der übrigens keinen privaten Charakter trug, sondern in zahlreichen Abzügen an die Mitunterzeichner des Schäterischen Auftrufs verandt wurde, als eine Belanglosigkeit hinzustellen. Die „Nationalliberale Korrespondenz“, das amtliche Organ der nationalliberalen Partei, erklärte gleichzeitig, Wassermann stehe mit den Vorgängen in Hannover in keinerlei Beziehung, und niemand werde im Ernste annehmen, die Haltung Wassermanns oder der nationalliberalen Reichstagsfraktion könne von dem Briefe Körtzings irgendwie beeinflusst werden. Was von dieser parteiamtlichen Beruhigungsnote zu halten ist, zeigt ein Bericht, den unser Münchener Parteiblatt, die „Münchener Post“, an leitender Stelle veröffentlicht. Darin heißt es, daß Wassermann die Mission hat, die Kanzlerfronde zu organisieren und eine Vertrauensmännerorganisation von Seydebrand bis Kopsch oder Wiemer auszubauen. Im Mitte Juli soll er, angeregt durch die Haltung der „Bosjischen Zeitung“, Fühlung mit der freisinnigen Volkspartei gesucht haben, mit welchem Erfolg, läßt sich allerdings noch nicht feststellen.

Der Bericht schildert dann weiter die „Beziehungen“, deren sich Herr Wassermann zu den Vertrauensmännern der Aldeutschen rühmt und verweist auf den Brief Körtzings als Beweis dafür, was das „nationale“ Kartell von seinem Führer Wassermann erwartet. Weiter heißt es in dem Bericht: „Andere Beziehungen werden nun auch offenbar. Infolge Partei- und Bestimmungswirtschaftlich verknüpft also Herr Wassermann mit dem Abg. Bacmeister in Elberfeld. Herrn Bacmeister hat aber Se. Durchlaucht Prinz Löwenstein (Wertheim-Freudenberg) besonders ins Herz geschlossen. Ihm kommt sicher zum Teil das Verdienst zu, daß Herr Bacmeister als Redner für die Union-Versammlung in München gewonnen wurde. Die prächtigen Reitsche seines Vaters über die belgische Frage und unsere Bestrebungen dürften in der Tat die volle Billigung des hohen Herrn gefunden haben. Neben dem Fürsten Löwenstein ist Herr Reichardt Vuhl ein besonders eifriger Kriegsmann im Feldzuge gegen den Reichskanzler. Und Herr Vuhl stellt sich als ein recht brauchbarer Vermittler zwischen den Konservativen, Nationalliberalen und Zentrumskleuten des Südens und Nordens vor. Jedenfalls hat sich dieser hohe Reichsrat aus der Pfalz stets mit besonderem Nachdruck für eine Konferenz der süddeutschen und norddeutschen Mitglieder der Kanzlerfronde eingesetzt.

In Würtemberg ist der Weizen der Partei Wassermann nicht recht aufgehoben. Vier bekundete bisher nur die Herren Finanzrat Lohs und Herr v. Reza ein starkes Interesse für das „nationale“ Wassermannsche Kartell. Der schwäbische Politiker Dieber darf wohl kaum als engerer Kampfgenosse Wassermanns angesprochen werden.

In Bayern regt sich die Kanzlerfronde am stärksten. Die Kundgebungen in München, Augsburg und Nürnberg sind ja durch die Tagespresse bekannt genug geworden, so daß diese hier nur gestreift werden sollen. Jedenfalls ist Wassermann ständig über alle einzelnen Vorgänge in Bayern von den „Vertrauensmännern“ in München und Augsburg unterrichtet worden. Sie teilten ihm den Ausgange der Helm-Versammlung mit und unterrichteten ihn über die Tendenz der Schlittenbauer-Rede, noch bevor dieser große Volkstribun den „starken Frieden nach West und Ost“ den christlichen Bauernvereinen empfehlen durfte. Im allgemeinen sind aber die rührigen Münchener Herren mit den Fortschritten ihrer Propaganda nicht recht zufrieden: Der Graf Hertling sieht ihnen im Wege! Seine gute Gesundheit beunruhigt sie stark, und sie läßt keine baldige pflichtige Wenderung des Regierungskurses in Bayern erhoffen. Auch die wiederholt angebotene Hilfe der „M.-Augsb. Abendzeitung“ hat den erwünschten Erfolg noch nicht gehabt.

Die Konferenzen der norddeutschen und süddeutschen Anhänger des Herrn Wassermann werden rüstig fortgesetzt. Herr Wassermann selbst legt sich vielfach eine gewisse, ihm notwendig erscheinende Reserve auf, meidet größere Zusammenkünfte der Ranglersführer und bespricht sich lieber geheim mit Vertrauensmännern. Ob aber die mit vielem Geldeaufwand und recht krupellosen Mitteln eingeleitete geheime Bewegung wirklich eine politische Aktion im Reichstage zeitigen wird, das ist noch sehr zweifelhaft.

Konservativ-nationalliberale Verbrüderung.

Wie die „Nationalliberale Korrespondenz“ meldet, haben sich die Nationalliberalen und die Konservativen der Provinz Pommern am vorigen Dienstag zu einer Kundgebung vereinigt, die in der Gestalt eines gleichlautenden Telegramms sowohl dem Abg. Wassermann wie dem Abg. Graf Westarp, als den Vorsitzenden ihrer

Reichstagsfraktionen, zugegangen ist. Dieses Telegramm lautet wie folgt:

„Die Vorstände der konservativen und nationalliberalen Partei Pommerns, die heute in Stettin in gemeinsamer Sitzung lagen, sprechen die feste Zuversicht aus, daß beide Fraktionen in Erkenntnis des Gebotes der Stunde die bevorstehende Sitzung des Reichstages nicht vorübergehen lassen, ohne grundlegende Aufklärung zu verlangen und Wandel zu schaffen in all den Fragen, die die Herzen aller Vaterlandsfreunde heute mit banger Sorge erfüllen.“

v. Brockhausen. v. Herberg-Bettin. Ludwig. Dr. Offert. Dr. Mittelmann.“

Das parteiamtliche nationalliberale Organ fügt hinzu: „Die vorstehende gemeinsame Kundgebung der Nationalliberalen und Konservativen Pommerns verdient als eine bemerkenswerte politische Erscheinung alle Beachtung. Wie bekannt, sind die Nationalliberalen der Provinz Pommern entschiedene Vertreter des liberalen Gedankens. Die innerpolitischen Gegensätze gegen die konservative Partei, die vor einer gemeinsamen Kundgebung zurücktreten müssen, sind also gerade in Pommern besonders stark. Wenn trotzdem gemeinsame vaterländische Sorge dazu geführt hat, Streitfragen der inneren Politik durch ein gemeinsames Vorgehen in wichtigen nationalen Fragen zu überbrücken, so wird man davon überzeugt sein müssen, daß die Beweggründe gewichtiger Natur und von wirklicher ernster Herzensfrage eingeleitet sind. Die Kundgebung wird in diesem Sinne ihren Eindruck nicht verfehlen.“

Ganz gewiß nicht, denn damit wird nämlich gezeigt, wie eng die Kanzlerfronde verbündet ist.

Die Münchener „Jakobiner“-Versammlung.

Zu unserer gestrigen Mitteilung, daß es sich bei der Münchener Versammlung, auf der einer der Teilnehmer den Zwischenruf machte, man müsse den Reichskanzler „über den Haufen schießen“, wahrscheinlich um dieselbe Versammlung handle, zu der Graf Reventlow als Referent eingeladen war, schreibt die „Freisinnige Jg.“, daß unsere Annahme nicht zutrefte. „Diese Versammlung war eine öffentliche, während die Zusammenkunft, von der hier die Rede ist, einen Tag später stattfand und als Vertrauensmännerversammlung zu kennzeichnen ist. Allerdings war auch hier, wie schon früher bekannt wurde, Graf Reventlow einer der Teilnehmer.“

Der Haushaltsausschuß des Reichstages

trat am Freitagmittag um 1 Uhr zu seiner ersten Sitzung zusammen. Der Antrag war so stark, daß die Sitzung in einen größeren Saal verlegt werden mußte. Der Reichskanzler erschien mit einem großen Stabe von Beamten. Er nahm zunächst das Wort, um die politischen Verhältnisse anschaulich zu schildern. Ihm folgte der Staatssekretär des Auswärtigen Anis, v. Jagow. Nach diesem sprach Unterstaatssekretär Zimmermann, und schließlich nahm der Staatssekretär des Reichsmarineamts, von Capelle, das Wort. Als Berichterstatter sprach einleitend Abgeordneter Wassermann und als Mitberichterstatter Dr. Gerschler (Sp.). Von den Parteien nahm als erster Redner Dr. David (Soz.) das Wort. Die Ausführungen sämtlicher Redner wurden mit großer Ruhe angehört. Auf Einzelheiten einzugehen, ist nicht möglich, da die Verhandlungen für streng vertraulich erklärt wurden. — Die Beratungen werden Sonnabend fortgesetzt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Vorsitzende, Abg. Spahn, die Mitteilung, daß der Oberbürgermeister von Berlin bereit sei, den Mitgliedern der Kommission Gelegenheit zu geben, Kenntnis zu nehmen von den Einrichtungen, die die Stadt für die Ernährung der Bevölkerung getroffen hat. Das Anerbieten nahm die Kommission an.

Denkschriften an den Reichstag.

Dem Reichstag sind zwei außerordentlich umfangreiche Denkschriften zugegangen; die eine über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges, die einen neunten Nachtrag zu der ersten Denkschrift darstellt, und ferner ein sechzehnter Nachtrag zu der Zusammenstellung der Anordnungen, welche der Bundesrat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen erlassen hat. Die eine der Denkschriften zählt nicht weniger als 875, die andere 238 Seiten. Der Inhalt der Denkschriften ist durch die Presse bereits bekannt geworden.

Ausschuß für Bevölkerungspolitik.

Der vom Reichstag eingesetzte Ausschuss zur Beratung aller Fragen, die die Bevölkerungspolitik im Deutschen Reich betreffen, beschloß, durch einen Unterausschuß einen Arbeitsplan entwerfen zu lassen. In diesem Unterausschuß wurden gewählt die Abgg. Dr. Quard (Soz.), Dr. Struve (Sp.), Dr. Fehlbender (Z.), Dr. Werner (Deutsche Fraktion), Dr. van Calker (natl.). — Der Ausschuss will die Beratungen mit einer Prüfung darüber beginnen, wie die Geschlechtskrankheiten einzudämmen wären. Berichterstatter für das Plenum ist Abg. Dr. Struve (Sp.).

Rücktritt des Stellvertretenden Kriegsministers.

Amlich. Berlin, 29. September. (W. T. V.) Der Stellvertretende Kriegsminister, Generalleutnant von Wandel, hat aus gesundheitlichen Gründen, die ihn schon im Frieden in der Ausübung eines Frontkommandos behinderten, und nachdem er trotzdem in zweijähriger, von großen Erfolgen begleiteter Tätigkeit das arbeitsreiche Amt des Stellvertretenden Kriegsministers verwaltet hat, den Abschied erbeten. Seine Majestät der Kaiser hat demgegenüber dem Gesuch in besonders gnädiger Form entsprochen. General v. Wandel ist unter Verleihung des Charakters als General der Infanterie à la suite des 1. Hannoverischen Infanterieregiments Nr. 74, in dem er seine militärische Laufbahn begann, gestellt worden.

Das tägliche Brot.

Aufhebung der Pflaumenbeschlagnahme.

Amlich. Berlin, 29. September. (W. T. V.) Die militärische Anordnung, daß Zweifeln, soweit sie der Erzeuger nicht selbst verbrauchen will, nur an die mit Ausweis versehenen Kuffäuser der Marmeladenfabriken veräußert werden dürfen hat ihren Zweck erreicht. Die eingekauften Mengen genügen, um den Bedarf des Heeres und der großstädtischen und Industriebevölkerung an Pflaumen zum Brotanstrich einigermaßen zu decken. Das Verbot wird deshalb nach Anordnung des Kriegsministeriums mit Wirkung von Sonntag, den 1. Oktober 1916 einschließlich ab aufgehoben werden. Der Handel mit Zweifeln ist von da ab frei. Die geschlichen Höchstpreise von M. 10.— je Zentner für den Erzeuger und 25 Pfennig je Pfund beim Kleinverkauf bleiben bestehen. Für Äpfel muß, da der Marmeladenbedarf hiervon noch nicht annähernd gedeckt ist, die Beschlagnahme zugunsten der Mar-

meladenfabriken weiter bestehen bleiben. Die Erzeuger dürfen also Äpfel, die sie nicht selbst verbrauchen, in dem Bezirk, für welchen die Beschlagnahme gilt, nur an mit Ausweis versehene Kuffäuser der Marmeladenfabriken veräußern.

Berlin, 29. September. (W. T. V.) Die vom Kriegsbernährungsamt mit der Durchführung der Pflaumen- und Äpfelbeschlagnahme beauftragte Kriegsgesellschaft für Obstkonerven und Marmeladen m. b. H. macht nochmals bekannt, daß wiederholt Uebertretungen der Bestimmungen, unter denen Ausweisarten erteilt wurden, durch Händler vorgekommen sind, und daß Verladungen von Pflaumen und von Äpfeln von Händlern vorgenommen wurden, welche nicht mit Ausweisarten versehen sind.

Es sind bereits mehreren Händlern die Ausweisarten entzogen und Anzeigen erstattet worden. Es wird deshalb dringend empfohlen, sich genau an die erlassenen Vorschriften zu halten, da jede Uebertretung auf das Strengste geahndet wird.

Verordnung zur Herstellung von Backware.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 28. d. Mts. die Vorschriften der Verordnungen über die Vereitung von Backware vom 26. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 418) dahin ergänzt, daß als Streumehl nur Holzmehl, Strohmehl und Speisemehl, und zwar in technisch reinem Zustand und frei von mineralischen Zusätzen, und daß ferner als Weizenmehl zum Aufarbeiten des Teiges nur backfähiges Mehl verwendet werden darf. Diese Ergänzung war erforderlich, weil Streumehle in den Verkehr gekommen waren, die außer einwandfreien Bestandteilen solche enthielten, die die technische Brauchbarkeit beeinträchtigten und die Güte der Backwaren nachteilig beeinflussten. Zudem wurden nicht nur die aus pflanzlichen Stoffen bereiteten Streumehle ungenügend von Unsauberkeiten gereinigt, sondern es wurden in erheblichem Maße Gips, Kreide und andere mineralische Stoffe beigelegt. Das Nahrungsmittelgesetz bot keine genügende Handhabe, um diesen Verhältnissen entgegenzutreten. Zugleich sind durch die neuen Vorschriften diejenigen Stoffe ausdrücklich bezeichnet, die als Streumehl verwendet werden dürfen, damit die Käufer den Angeboten der Verkäufer gegenüber genau wissen, was erlaubt und was verboten ist. Durch die weitere Vorschrift über die Benutzung des Weizenmehls soll verhindert werden, daß das Streumehl nicht nur zum Zillieren des Teiges, sondern auch bei dem Aufarbeiten, dem sogenannten Wirken, benutzt wird. Das Weizenmehl gelangt beim letzten Aneten und Formen des Teiges zum größten Teil in das Innere des Brotes hinein, und es muß daher verlangt werden, daß hierfür ebenso wie in Friedenszeiten nur backfähiges Mehl verwendet wird.

Warum die Äpfel so teuer sind.

Die hohen Obstpreise sind sicher nicht durch eine gleichzeitige Erhöhung der Produktionskosten zu begründen, und auch die verminderte Einfuhr aus dem Auslande kann nicht für die ungeheure gestiegenen Preise verantwortlich gemacht werden. Das umso weniger, als wir in diesem Jahre eine sehr gute Obsternte zu verzeichnen haben. Schuld daran ist einmal die weitgehende Rücksichtnahme auf die Marmeladenindustrie, dann aber auch die ungenügende, spekulativen Interessen entzogene Steigerung der Backpreise. Eine ganz natürliche Folge ist, daß alle Obstproduzenten versuchen, von dieser Preistreibererei zu profitieren. Da bleiben selbst die Männer der Kirche nicht zurück. So wird uns aus Schlesien folgendes an einen Obstgroßhändler gerichtete Schreiben zur Verfügung gestellt, das für sich selbst spricht. Das Schreiben lautet:

..... den 15. 9. 16.

Herrn Obstgroßhändler

.....!

Herr Pfarrer D.... hier selbst hat mich mit der Unterbringung seiner reichen Obsternte betraut. Im Auftrage des Herrn Pfarrers teile ich Ihnen ergebnis mit, daß und für Gravensteiner bereits 40 M. pro Zentner gehoben worden sind. Da Sie bereits früher wegen Ankaufs von Obst mit dem Herrn Pfarrer in Verbindung getreten, soll Ihnen ein Vorrecht gewährt werden. Sie wollen daher, wenn Sie als Käufer auftreten wollen, umgehend ein Angebot machen. Sollten Sie innerhalb acht Tagen kein Preisangebot machen, dann nehme ich an, daß Sie auf das Geschäft verzichten. Bei Selbstabholung würde für Sie eventuell auch ein niedrigerer Preis in Frage kommen. Angebote erbitte an mich. Bestätigung der Äpfel jederzeit beim Herrn Pfarrer gestattet.

Sofortzahlungsvoll

Wenn also schon ein Mann, der von Berufswegen vor der Annahme von Schätzen, die die Motten und der Kofft fressen, warnen soll, recht hohe Angebote für seine Ernte wünscht, was soll man da von den sündigen Schätzern, deren idealer Lebenszweck der spekulative Handel ist, besseres erwarten.

Die Parteipresse zur Reichskonferenz.

„Damburger Echo.“

„Das sinnfällige Ergebnis der Reichskonferenz ist also, daß sich für die Politik des Parteivorstandes und für die Haltung der Fraktionsmehrheit der weitaus überwiegende Teil der Parteivertreter ausgesprochen hat. Als falsch erwiesen hat sich die seit langem hartnäckig wiederholte Behauptung, die Widerheit, das heißt die verschiedenen Gruppen der Opposition zusammengekommen, habe in Wirklichkeit die große Masse der Partei hinter sich. Mit dem Märchen kann fernerhin nicht mehr gearbeitet werden. . . .“

Hat so die Politik des 4. August die volle Billigung der Mehrheit der Reichskonferenz erhalten, so ist darum die erhoffte Wiederherstellung der Parteieinheit doch nicht sicher. Die Opposition hat, nachdem sie bei der ersten Probe unterlegen war, die Nichtteilnahme an weiteren Abstimmungen verkündet und sich passiv verhalten. Dies und die von Lebedour gleich bei Beginn der Verhandlungen verlesene Erklärung läßt befürchten, daß die Widerheit auch fernerhin ihre eigenen Wege zu gehen gewillt ist, daß also die Einstellung ihrer besonderen Agitation selber nicht zu erwarten ist. Damit wäre zwar noch nicht gesagt, daß die formelle Spaltung eintreten muß, aber die Parteiverhältnisse würden weiter in bedauerlicher Vermirrung bleiben. In diesem Falle würde die volle Gefundung des Parteiliedens nur eintreten, wenn unter dem Eindruck der Reichskonferenz sich die Parteimitgliedschaften der einzelnen Orte entschließen, dem gerüttelten Treiben einzelner einen Riegel vorzusetzen. . . .“

Die Reichskonferenz ist abgeschlossen, ihre Beschlüsse liegen vor. An den einzelnen Parteimitgliedschaften liegt es nun, die Anwendung daraus zu ziehen zum Vorteil der Gesamtpartei. Des Streites war genug, genug auch der Anklagen. Die Reichskonferenz, zwar kein Parteitag, aber die unter den heutigen Verhältnissen möglichst beste Vertretung der Partei hat entschieden

und sie hat die Haltung des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion gebilligt. Nun hat das Gesetz der Demokratie zu walten."

"Mannheimer Volksstimme."

O. G. (Osar Wed) schreibt dort unter anderem: "Wird der Ausgang der Konferenz so das Vertrauen der großen Massen zur Sozialdemokratie stärken und ihr auch in jenen Kreisen, die an der Ehrlichkeit ihrer vaterländischen Haltung seit den Sonderaktionen der Fraktionsminderheit wieder wankend geworden waren, die Sympathien zurückgewinnen — höher als dies Interesse der Partei stellt mir in diesem Falle die Sache des deutschen Volkes, der die Berliner Tagung ohne Zweifel einen wertvollen Dienst erwiesen hat. Zeigt sie doch dem feindlichen Ausland, daß seine Hoffnung auf die Abkehr der größten deutschen Partei von der Solidarität mit den übrigen Volksparteien und damit die Spekulation auf den inneren politischen Zerfall Deutschlands eine völlig verfehlte ist. Die große Mehrheit, mit der die Konferenz das Dr. Davidische Manifest zur Friedensfrage zum letzten machte, kann darin nicht den mindesten Zweifel lassen. Zudem wir, wie es in jener Kundgebung heißt, auch fernerhin die Pflicht der Landesverteidigung anerkennen und in ihr ausharren, werden wir aber nicht etwa, wie der "Radikalismus" unterstellt, den Krieg verlängern, wir werden ihn im Gegenteil abkürzen. Denn indem aus der Kriegsrechnung unserer Feinde der Faktor der deutschen Selbsterlebensfähigkeit entfällt, bricht eine der wesentlichen Voraussetzungen ihres Sieges in sich zusammen. Mit der Erkenntnis aber, daß sie uns nicht niederzuringeln vermögen, daß die Fortsetzung des furchtbaren Gemetzels also zwecklos ist, drängt sich ihnen gellertlich die Notwendigkeit auf, sich endlich, wie Deutschland es schon wiederholt getan hat, zu Friedensverhandlungen bereit zu erklären und damit dem Frieden selbst den Weg zu bereiten."

Friedrich Stampfer,

dessen Korrespondenzartikel von einer Reihe Parteiblätter an Stelle eines eigenen Artikels wiedergegeben wird, sagt unter anderem:

"Unzählige Male hat man gelesen, daß die Mehrheit die Partei verraten, ihre heiligsten Grundsätze mit Füßen getreten, die sozialistische Ueberzeugung preisgegeben habe. Die sinnlose Ueberzeugung dieser Vorwürfe wird jetzt von der Minderheit selbst angegeben. Würde die Minderheit jene Vorwürfe für berechtigt halten, dann hätte sie die erste Gelegenheit ergreifen müssen, um das Nichts zwischen sich und der Mehrheit zu zerbrechen. Ihre eigene Ehre würde es ihr verbieten, mit Parteiverrätern unter einem Dache zu hausen."

Ebenso wird durch die Erklärung Eberts ein gut Teil jener Vorwürfe entkräftet, die aus den Reihen der Mehrheit gegen die Minderheit geschleudert worden sind. Hält man die Erhaltung der Einigkeit für möglich, so gibt man damit zu, daß die von der Minderheit vertretenen Auffassungen, obgleich unrichtig, im Rahmen der sozialdemokratischen Parteipolitik möglich und diskutabel sind. Stünde die Mehrheit der Partei auf dem Standpunkt, daß zwischen ihr und den überzeugten Gegnern der Arbeitbewilligung eine Gemeinschaft nicht möglich sei, so hätte sie das bei der ersten sich bietenden Gelegenheit sagen müssen."

Daß diese Konferenz möglich gewesen ist, daß sie nicht zur Spaltung der Partei geführt hat, sondern im Gegenteil mit Erklärungen von beiden Seiten zugunsten der Einigkeit enden konnte, das ist ihr eigentlicher und wichtigster Erfolg. Mögen die Parteigenossen im Lande dafür sorgen, daß dieser Erfolg nicht durch neue gegenseitige Verhöhnung gefährdet, sondern daß er gesichert und verfestigt wird!"

"Saxburger Volksblatt":

"Damit ist von der Partei die Politik der Fraktionsmehrheit mit ihrer Zweifelhaftheit gütigst gesehnt worden. Es wäre selbstverständlich unrichtig, sagen zu wollen, daß nunmehr ungetriebene Freude und Einigkeit in den Hallen der Partei herrschen wird. Die 168 Stimmen der Minderheit bilden ein zu starkes Gewicht, als daß von einer Parteieinigkeit und Einheit gesprochen werden könne. Aber in einer demokratischen Partei wie der unsrigen gilt der Wille der Mehrheit, dem sich die Minderheit zu fügen hat. Und die Mehrheit hat gesprochen! In diesem Falle, da von der Minderheit formale Bedenken gegen Abstimmungen überhaupt auf der Konferenz geltend gemacht worden sind, ist allerdings der Appell an dieses Prinzip nicht angebracht und wird auch von der Gegenseite nicht gelten lassen, zumal nach den Ausführungen Haases die Kompetenz der Konferenz zur Abstimmung von Beschlüssen durchaus verneint worden ist. Die 168 Stimmen der Minderheit bilden das Rückgrat der Auffassung Haases. Damit ist zu rechnen! Daß jedoch eine derartige Veranstaltung nicht ausmündigen konnte und würde, ohne den Extrem der Verhandlungen in Form einer Entscheidung festzulegen, mußte sich auch die Minderheit fügen. Rechtlich haben die gefassten Beschlüsse keine bindende Kraft für die Partei im Sinne eines Parteibeschlusses, sie geben aber doch die Richtschnur für das weitere Verhalten der offiziellen Parteivertrötungen ab. Das ist das allein Entscheidende und sollte auch der alleinige Zweck der Konferenz sein."

"Norddeutsche Volksstimme" (Bremen):

"Ob die Konferenz nun der Verständigung, der Annäherung der einzelnen Gruppen gedient hat — diese Frage möchten wir auch nicht unangenehm bejahen und das Wort des Genossen Ebert zum Schluß der Tagung, daß die Gegenseite nicht so groß seien, als daß nicht eine Verständigung zu erzielen wäre, scheint denn doch weniger als das Ergebnis der Verhandlungen betrachtet werden zu können, als es dem auch von uns geteilten Wunsch entspringt, daß eine Einigung im Interesse des Proletariats unter allen Umständen erfolgen muß. Jeder die Grundlage dieser Verständigung aber hat auch die Reichskonferenz nicht das mindeste gesagt. Heute, wie vor der Konferenz und auch auf der Konferenz selbst standen und stehen sich die Meinungen in einer Schärfe gegenüber, die kaum den Weg lassen dürfte, den die Partei wieder gemeinschaftlich beschreiten kann."

Dessen scheint sich übrigens auch der Parteivorstand bewußt zu sein, der es unterlassen hatte, in dieser Richtung der Konferenz voranzuarbeiten. Seine Aufgabe aber wäre es gewesen, gerade auf diesem Gebiete nach Mitteln und Wegen Ausschau zu halten. Daß er es unterlassen hat, und daß auch auf der Konferenz selbst nichts antage gefördert wurde, was nur einen Anhaltspunkt dafür abgeben könnte, wie sich die Mehrheit nun eigentlich die Wiedervereinigung denkt, kennzeichnet besser als alles andere die Tiefe des grundsätzlichen Meinungsstreites."

Es liegt uns fern, etwa aus dem nackten Zahlenverhältnis geschlossen die Abstimmung über den Antrag der Minderheit irgendwelche Schlüsse auf die Stimmung der Parteigenossen im Lande zu ziehen, weil zur Beurteilung dieser Stimmung nicht die Konferenz in ihrer Gesamtheit herangezogen werden darf, sondern nur die Zahl der aus Antrag der Stellungnahme zur Reichskonferenz gewählten Delegierten. Da besaß wieder das Urteil des Parteivorschusses, noch das der Reichstagsfraktion oder des Vorstandes auch nur das geringste, weil die genannten Körperschaften gewählt wurden zu einer Zeit, in der die Ursachen der heutigen Genossenschaft noch nicht vorhanden waren. Lassen wir die Vertreter dieser Körperschaften, die bekanntlich in ihrer überwiegenden Mehrheit dem Mehrheitsstandpunkt ergeben sind, außer Betracht, rechnen wir nur mit den gewählten Delegierten, so ergibt sich ein für die Minderheit durchaus erfreuliches Bild, das zu der Annahme berechtigt, daß bei einem kommenden Parteitag die Minderheit, die schon jetzt nahezu die Mehrheit der Mitglieder hinter sich hat, auch die Mehrheit der Delegierten stellen wird. Wenn angesichts dieser Tatsache die Mehrheit von heute gläubig triumphieren zu können, so wollen wir ihr die Freude nicht nehmen — daß diese Freude nicht von langer Dauer sein wird, dafür werden die Verhältnisse, wird die innere Entwicklung der Partei schon selbst Sorge tragen."

Berichtung. Bei der Abstimmung über die Resolution David auf der Reichskonferenz stimmte Genosse Braun III (Berlin) persönlich mit "Nein", während er sich dem Beschluß der Opposition gemäß der Abstimmung enthalten wollte.

Unter den Genossen, die für die Resolution David mit "Ja" stimmten, befindet sich nach dem "Vorwärts"-Bericht auch der Name Strobel. Gemeint ist damit natürlich der Genosse Strobel. Strobel war als Vertreter des "Vorwärts" überhaupt nicht stimmberechtigt. Seine Stellung zu den strittigen Fragen ist zur Genüge bekannt.

Zu dem Bericht über die Reichskonferenz

schreibt uns Genosse Stadthagen:

Daß in dem Bericht die Reden der Oppositionsanhänger ungenauer wiedergegeben werden, ist ja natürlich. Damit muß auch ich mich abfinden. Mir liegt aber daran, zu betonen, daß ich in meinen Ausführungen von dem Gegensatz sprach, der zwischen Wort und Tat bei den Fraktionsmehrheitspolitikern sich zeige. Ferner habe ich Genossen Keil gegenüber angeführt, daß dafür Zeugen vorhanden sind, daß er die von mir zitierten, von ihm bestrittenen Ausdrücke gegen Genossen Liebknecht gebraucht hat. (2)

Aus Groß-Berlin. Im Sechseromnibus.

Die Straße entlang humpelt ein Omnibus, eines jener seltsamen Vehikel, die als "Sechseromnibus" so populär und darum auch meist überfüllt mit Insassen sind. Der Kutscher lauert gleichmütig auf seinem hohen Sitz und das kleine Pferd mit dem breiten Rücken und dem unförmigen Bauch trottel ebenso gleichmütig seinem Ziele zu.

Es ist um die Mittagszeit. An der nächsten Straßenecke sucht eine alte Frau mit einem dicken Regenschirm in der Luft herum, als befände sie sich auf der Menur. Ein Rad — der Omnibus hält. Mit großer Unständlichkeit und unter Beteiligung des Schaffners und einiger Fahrgäste strabbelte sie das Trittbrett heraus, um im Innern des Wagens unterzutauchen. Bald folgen ein paar Arbeiter, die während der Fahrt aufspringen, dann ein Soldat, hinterher ein Mann mit einer Geldtasche und zuletzt einige Verkäuferinnen aus einem Warenhaus.

"Nu mach ich aber die Bude zu", sagte der Schaffner. Er greift hinauf an den Rand der Bedachung und läßt ein kleines Schild herunterklappen, "Besetzt!" steht darauf. Dann beginnt er zu fassieren. Im Innern sitzen die Menschen eng beisammen, und wenn der Omnibus bei einer Biegung einmal schleudert, werden die Insassen gerüttelt und geschüttelt, daß sie quietchen. Von draußen klingt die Stimme des Schaffners, der "Besetzt!" ruft.

"Et will eben jeder mit", philosophiert die Alte mit dem dicken Regenschirm.

"Jetzt, wo's gerade Mittag is, da is immer voll", antwortet ein Arbeiter, der wie ein Maler aussieht.

"So'n Sechseromnibus is eben doch wat schön", wirft ein anderer dazwischen, "et machd doch im Monat wat aus für unsrenen. Man kann doch nich so velle Fahrleid abstoßen, sonst tät ich ja die Elektrische nehmen, die fährt bis vor meine Tür."

"An nu wollen se noch uffschlagen", beginnt das alte Mütterchen wieder, "wo allet so velle kosten dut, nu och noch de Sechseromnibus vertieren."

"Mit uns können se's ja machen", meint der Maler und nimmt einen neuen Priem in die Badenhöhle. "Dann muß ich losen, 40 Fennige pro Tag kann ich nich ausgeben."

"Na, und erst ich", mischt sich der Rassenmann mit der Geldtasche in's Gespräch. "Was denken se, was das bei mir ausmacht? Wenn se aufschlagen, weiß ich gar nicht, wie ich zurecht kommen soll, 's reicht so man knapp genug."

"Det is 'n Standal", meldet sich ganz vorn in der Ecke jemand, "sonat sollte jar nich jeduldet werden, wie soll 'n armer Mensch noch zurecht kommen, wo se mit allem uffschlagen? Die Aktionäre könnten doch zufrieden sind, die jeh't's doch besser als uns." Ordentlich fuchtig ist der Sprecher geworden. Alle nickten ihm beistimmend zu. Auch die Verkäuferinnen.

"Nix wahr, Freileins, for Sie machd's och wat aus im Monat, so jeden Tag vier Sechserich mehr ausgeben, keine Kleinigkeit", wendet sich jetzt die Alte an die jungen Mädels. "Natürlich", sagen die wie aus einem Munde. "Ob wir das spüren!"

"Na, und ersat die Fennigrecherei", nimmt der Erbofte aus der Ecke wieder das Wort, "siebenenthalb, wie soll ich denn det anfangen — ne, ich danke, dafahr ich lieber mit de Elektrische oder losen. Mit mir können se so wat nich machen."

"Schaffner, halten!" ruft die Alte und arbeitet sich aus der Enge des Wagens. "Mit uns Armen können se's ja machen", murrte sie noch auf dem Trittbrett. Und weiter humpelt der Sechseromnibus, der bald kein Sechseromnibus mehr sein soll.

Was wird aus dem Milchkleinhandel?

Die Sorge der kleinen Milchhändler Berlins und der Vororte, daß bei der nun zum 15. Oktober bevorstehenden Neuordnung der Milchverteilung sie vom Milchbezug ausgeschlossen werden könnten, ist noch immer nicht ganz geschwunden. Am Donnerstag fand wieder eine durch den Verband der Milchhändlervereine von Groß-Berlin einberufene öffentliche Milchhändlerversammlung statt, in der die Lage der Milchkleinhandeler und die zu ihrem Schutz erforderlichen Maßnahmen erörtert wurden.

Milchhändler A. H. er. 1. schilderte, wie in dieser Zeit der Milchnot die großen Pächter den bisher von ihnen mitverkauften kleinen Händlern die Milchlieferung immer weiter gekürzt und ihnen so die Milchmengen weggeleitet haben, um dann an diese möglichst alle Milch in dem eigenen Kleinhandel mit vollem Gewinn abzusetzen. Die Verteilung müsse so geregelt werden, daß nicht vor dem einen Geschäft stundenlang die in dichter Schaar sich aufstellenden Kunden zu warten haben, während ein paar Händler weiter ein anderes Geschäft wegen Milchmangel bereits geschlossen ist. Milchhändler K. H. m. a. n. erinnerte daran, daß man früher den Kampf gegen die in der "Interessengemeinschaft" vereinigten märkischen Milchproduzenten zum Schutz der Milchpächter geführt habe, die nun den bisher von ihnen beliebtesten Händlern das Fell über die Ohren ziehen. Die nach Berlin gelangende Milchmenge sei auf jetzt immer noch 500 000 Liter pro Tag zu schätzen, womit man bei richtiger Verteilung noch eine recht stattliche Anzahl Geschäfte beliefern könne. Ueber die Schritte, die bei Behörden — bei dem Kriegsernährungsamt, bei der Milchverorgungsstelle, bei dem Oberkommando usw. — getan werden sind, berichtete Milchhändler S. H. r. Zugelagt ist, daß man den Kleinhandel nicht ausschalten lassen werde, und ausdeshalb kann die Gefahr, daß Händler mit weniger als 40 Liter Tagesbedarf überhaupt nicht berücksichtigt werden, jetzt als bereinigt gelten. Weil Niederbarnim sich der Groß-Berliner Milchversorgung nicht angeschlossen hat, halten dortige Lieferanten sich für nicht verpflichtet zu weiterer Lieferung und lehnen sie ab. Der Milchbetrieb der Gemeindefeuchsee versorge in Berlin und Vororten über 200 kleine

Händler, die nun vom 1. Oktober ab ohne Milchlieferung bleiben würden, so daß sie auch ihren Kunden keine Milch mehr geben könnten.

Die stark besuchte Versammlung, in der die Frauen weitans die Mehrheit hatten, stimmte den Ausführungen der drei Referenten aus lebhaftester Zu. In der Diskussion wurde durch verschiedene Redner die Verdrängung des Milchkleinhandels noch näher beleuchtet. Wenn z. B., wie unter anderem erzählt wurde, ein Milchgeschäft statt bisher 130 Liter jetzt nur noch 10 Liter erhält, so kann man sich die Folgen für den Geschäftsinhaber leicht ausmalen. Die geschädigte Ungleichheit der Milchverteilung unter die Geschäfte ruiniert nicht nur die kleinen Händler, sondern erwirkt auch den Verbrauchern den Milchbezug, weil dabei die Käuferzahl immer mehr auf einzelne Geschäfte zusammengedrängt wird.

Um die Zusatzbrotkarte.

Für die Entscheidung über Anträge auf Gewährung von Zusatzbrotkarten ist dem Ermessen der Brotkommissionen noch ein weiterer Spielraum gelassen. Das führt zu mancher Ungleichheit der Entscheidungen und erregt Unzufriedenheit bei denen, die mit ihren Anträgen abgewiesen werden.

Eine in Berlin-Süd wohnende Leserin unseres Blattes, die zusammen mit ihrem Mann in einem Buchbindereibetrieb arbeitet, klagt bitter darüber, daß man für sie beide zusammen nicht mehr als eine einzige Zusatzbrotkarte bewilligt hat. Die Brotkommission ist bisher trotz wiederholten Anträgen dabei geblieben, die Gewährung noch einer Zusatzkarte zu verweigern, weil sie meint, daß die Tätigkeit in einer Buchbinderei keine schwere Arbeit sei. Die Antragsteller haben zur Begründung angeführt, daß beide Ehegatten infolge der Kürze ihrer Mittagspause ihr Mittagessen erst am Abend zu Hause einnehmen können, so daß sie den ganzen Tag hindurch sich von Brot nähren müssen. Das will die Kommission nicht als ausreichenden Grund zur Bewilligung einer Zusatzkarte gelten lassen, und auch ein an den Magistrat selber gerichteter Antrag hat keinen anderen Erfolg gehabt als den, daß er von der Brotverorgungsstelle wieder nur an die betreffende Brotkommission überwiesen wurde, die hier eine Zusatzkarte für nicht nötig hält. Die für Berlin vom Magistrat unter dem 15. Juni 1915 erlassene Verordnung über Zusatzbrotkarten lagte im § 1, daß Zusatzbrotkarten an Personen gegeben werden dürfen, die zur Körperlich schwer arbeitenden erwerbstätigen Bevölkerung gehören. In § 2 wurde weiter bestimmt, daß Zusatzkartengewährung im Sinne der obigen Vorschrift zulässig ist unter anderem bei Personen, die tagsüber außerhalb ihrer Wohnung beschäftigt sind und während dieser Zeit keine Möglichkeit haben, sich hinreichend andere Nahrungsmittel als Brot zu beschaffen. Die Frau versichert uns, daß alle Arbeiterinnen desselben Betriebes im Besitz einer Zusatzbrotkarte sind, obwohl doch alle nicht schwerere Arbeit als sie zu leisten haben. Es läßt sich verstehen, daß solche Ungleichheiten der Entscheidung nicht dazu beitragen, die Stimmung der Abgewiesenen zu verbessern. Gegenüber dem günstigen Ergebnis der diesjährigen Ernte sehen wir auch gar keinen Grund, die Vorsicht bei der Gewährung von Zusatzbrotkarten zu überstreifen.

Der Vorsteher jener Brotkommission hat die Frau noch dadurch besonders gekränkt, daß er sich erlaube, wegen ihrer wiederholten Anträge und Klagen sie eine Querulantin zu nennen. Eine Querulantin, weil sie eine Zusatzbrotkarte fordert und sich mit dem ablehnenden Bescheid der Brotkommission nicht zufrieden geben will!

Aus unserem Leserkreis wird uns noch folgendes geschrieben:

Ich arbeite seit 10. Oktober 1914 in der Gewerkschaft zu Spandau. Jeder meiner Arbeitkollegen hat doppelte Zusatzbrotkarten und mehr, nur ich laun beim besten Willen keine zweite Zusatzkarte erlangen, weil meine Brotkommission, Nr. 38, Götlicher Straße, niemals solche für mich hat. Es wurde vor ungefähr sechs Wochen in Spandau bekanntgemacht, daß wir Vorkriegsarbeiter (wie wir Vorkriegsarbeiter genannt werden) Anspruch auf eine Extrazusatzkarte von 400 Gramm hätten. Wir arbeiten in drei Arbeitsständen. Wir bekamen auf Wunsch eine Arbeitsbescheinigung. Nach Vorzeigung dieser auf ihren zuständigen Brotkommissionen haben alle Kollegen, mit denen ich sprach, ihre Extrabrotkarten 1 und auch 2 erhalten. Ich laufe jede Woche ein paar Male zu meiner zuständigen Brotkommission in der Götlicher Straße, kann aber nie meine wöchentliche Extrakarte von 400 Gramm erhalten. Ein Herr, welcher dort die Geschäfte führt, erklärt mir immer wieder, daß er nicht mal so viel Karten erhält, daß jeder Arbeiter in seinem Bezirk eine Zusatzkarte erhält, geschweige denn zwei und mehr. In der Poststr. 16 konnten sie mir auch nicht helfen, man gab mir dort ein zugestelltes Kubert mit noch meiner Brotkommission. Ich finde das ungerecht und es wirkt verbittern, daß ein Arbeiter aus demselben Betriebe mehr Brot erhalten kann wie der andere, nur weil derselbe in einem anderen Stadtviertel in Berlin wohnt.

Ehrenamtlich tätige Frauen für die Schulspeisung.

Am 2. Oktober geht die Mittagspeisung bedürftiger Gemeindschulkinder in städtische Verwaltung über. Für die Erziehungsstellen fehlen noch Damen, die die Aufsicht und Kontrolle der Gemeindschulkinder und die Auslieferung der Speisen ehrenamtlich übernehmen. Schon die Zusage zur Aufsicht an einem Tage der Woche mittags von 12 bis 2 Uhr ist erwünscht. Näheres ergeben die Anschlagstafeln.

Kartoffelkonsum und Kartoffelpreis.

In der Woche vom 2. bis 8. Oktober läßt auf den obersten der drei Abchnitte 23 der Kartoffelkarte 3 Pfund und auf die beiden anderen Abchnitte je 2 Pfund, zusammen also höchstens 7 Pfund Kartoffeln abgeben und entnehmen werden.

Der Magistrat Berlin veröffentlicht jetzt die ich n. mehrfache besprochene Bekanntmachung, nach der der Preis für ein Pfund Speisekartoffeln bei pfundweisem Verkauf 55 Pf. für das Pfund nicht übersteigen darf und bei zentnerweiser Belieferung frei Keller für den Winterbedarf für einen Zentner nicht mehr als 4,75 M. zu fordern ist. Die Bekanntmachung tritt am 1. Oktober 1916 in Kraft.

180,5 Millionen Mark Kriegsunterstützung in Berlin.

Die im Monat September an die Familien der Kriegsteilnehmer geleisteten Barunterstützungen belaufen sich auf 10 664 000 M. Auch die Richtigstellungen an Kriegsteilnehmer sind im Monat September gestiegen, sie betragen 2 Millionen Mark; die Gesamtaufwendungen für Mitbewilligten an Kriegsfamilien belaufen sich bisher auf mehr als 31,5 Millionen Mark.

Zusammen haben bis Ende September die Barunterstützungen für Kriegsfamilien die Höhe von 180,5 Millionen Mark erreicht.

Teilung und Vermehrung der Brotkommissionen.

Die 170 Brotkommissionen waren dauernd derartig stark in Anspruch genommen, daß die Abteilung für Brotversorgung des Magistrats sich entschlossen hat, die besonders stark belasteten Brotkommissionen zu teilen. Am 1. Oktober wird die

Zahl der Kommissionen auf 200 erhöht werden. Es ist damit zugleich eine bedeutend schnellere Abfertigung des Publikums gewährleistet.

Der Widerstand gegen die Teilung von Brotkommissionen scheint endlich überwunden. Zeit wurde es!

Kleinhandelspreise für frische Seefische bester Qualität für den 30. September 1918.

Schellfische, Klein (bis 1/2 Pfund) 1.18 M., mittel (von 1/2 bis 1 Pfund) 1.25 M., groß (von 1 bis 1 1/2 Pfund) 1.35 M., grobe (von 1 1/2 Pfund und mehr) 1.50 M.; Kabeljau, Klein (bis 1 1/2 Pfund) 0.88 M., mittel (von 1 1/2 bis 4 Pfund) 1.06 M., grobe (von 4 Pfund und mehr) 1.25 M. ohne Kopf (im Ausschuss) 1.75 M.; Schollen, kleine (bis zu 1/2 Pfund) 0.88 M. (Zufuhr genügend.)

Arbeiterbildungsschule. Wie bereits angekündigt, beginnt am Sonntag, den 1. Oktober, abends 8 Uhr, ein vier Abende umfassender Vortragszyklus mit Lichtbildern über das Thema: „Die Blütezeit der deutschen Kunst“. Vortragender ist Herr Dr. Bernoulli, Assistent an den Königl. Museen, der seine Ausführungen, die besonders die Meisterwerke im Kaiser-Friedrich-Museum berücksichtigen sollen, durch eigene Lichtbilder erläutern wird.

Der erste Vortrag am kommenden Sonntag wird besonders eingehen auf: Deutschlands Sturm- und Drangzeit im 18. und im Anfang des 19. Jahrhunderts. Niederschlag des sozialen und geistigen Ringens in der zeitgenössischen Kunst. Deutschlands Kulturzentren; die Hauptstädte, die Universitäts- und Handelsstädte im Süden, Kirche und Bürgertum.

Die Vorträge finden im Hörsaal der Schule, Lindenstraße 3, 4. Hof rechts 3 Treppen, statt und werden pünktlich um 8 Uhr beginnen. — Eintrittspreis 10 Pf.

Vom Stiftungswesen.

Aus der von der städtischen Stiftungsdeputation verwalteten Johann-Jacob-Reißler-Stiftung sollen einmalige Unternehmungen im Betrage von wenigstens 80 M. an solche Weber und Stuhlorbeiter (d. h. Weber, Wäcker, Naichmacher, Zeugmacher, Tuchmacher, Strumpf- und Seidenwirker) und auch andere Handwerker, Meister und Gesellen vergeben werden, welche zwar der öffentlichen Armenpflege nicht anheimgefallen sind, aber sich in Geldverlegenheit, namentlich was die Zahlung der Wohnungsmiete betrifft, befinden.

Bewerber müssen sich seit mindestens zwei Jahren in Berlin niedergelassen haben; hauptsächlich sollen diejenigen berücksichtigt werden, welche mehr als vier Kinder unter 14 Jahren haben.

Gelände mit Angaben über die Dauer des Aufenthalts in Berlin und über die Zahl der am Leben befindlichen Kinder unter vierzehn Jahren sind innerhalb 14 Tagen an die Stiftungsdeputation, Stralauer Str. 56, II, zu richten.

Energische Maßregeln gegen die üblen Gerüche im Bölowiertel verlangt ein Antrag der Stadtverordneten Kramer und Genossen vom Magistrat. Der Antrag dürfte in der nächsten Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung gelangen.

Ein fester Konkurs. In dem Konkurs der Wilmersdorfer Genossenschaftsbank fand vorgestern eine Gläubigerversammlung statt. Nach dem Bericht des Konkursverwalters ist ein Verbleib von ganzen vier Pfennigen vorhanden. Die Forderungen betragen 6054 M., während die Verbindlichkeiten der Bank fast auf 60 000 M. sich belaufen. Die Gläubiger, zumeist kleine Leute und Beamte, werden daher großen Schaden erleiden.

Rasch ergriffen wurde der Räuber, der am Mittwochnachmittag, wie wir mitteilen, einen erfolglosen Anschlag auf die Handtische der 70 Jahre alten Witwe Böhm in der Oranienstr. 39 machte. Auf den Räuber, dessen Ueberfall für die alte Dame dadurch schwere Folgen hatte, daß sie sich durch Sturz von der Treppe einen Armbruch und Kopfverletzungen zuzog, wurde ein Herr durch eine Beschreibung in den Zeitungen aufmerksam. Ihm war besonders auch der in der Notiz erwähnte Umstand aufgefallen, daß der Räuber Augengläser trug. Er wies die Polizei auf den Verdächtigen hin, und es ergab sich, daß man den Richtigen gefaßt hatte. Der Verhaftete ist ein 17 Jahre alter Richard Fiedler, der sich arbeits- und wohnungslos umhertrieb, nachdem seine Eltern schon vor Jahren gestorben sind. Er legte ein umfassendes Geständnis ab. Seine Absicht war, sich auf irgendeine Weise Geld zu verschaffen. Der Herr, der den Uebelthäter nach der Zeitungsnotiz erkannte, erhält die ausgelegte Belohnung von 100 M.

Teure Koninchen. Eine recht empfindliche Strafe erlitt ein Dieb, der dieser Tage einer Kriegerfrau mehrere Koninchen entwendete. Es gelang ihm wohl, mit der Beute zu entkommen, dafür hatte er aber seinen eben empfangenen Lohn in Höhe von 84 M., der sich noch in der Lohnbüchse befand, liegen lassen. Als die Bestohlene bald darauf ihren Verlust feststellte, fand sie das Geld, mit dem die gestohlenen Koninchen reichlich bezahlt sind.

Zu Tiergarten erschossen hat sich in der vergangenen Nacht ein Mann, dessen Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden konnte. Er wurde Freitag früh um 6 Uhr in der Nähe der Lichtensteinbrücke tot aufgefunden.

Aus den Gemeinden.

Eintragung Zugiehender und Umziehender in Charlottenburg in die Kundenlisten.

Wer aus anderen Gemeinden nach Charlottenburg zuzieht, hat sich zwecks Eintragung in die Kundenlisten dortiger Geschäfte für Fleisch, Butter, Zucker, Milch und Eier bei der zuständigen Brotkommission eine Bescheinigung ausstellen zu lassen, die zur nachträglichen Eintragung berechtigt. Hierzu ist die Vorlegung des polizeilichen Anmeldebogens erforderlich. Der die Bescheinigung beantragende muß angeben, von welchem Fleischer er sein Fleisch beziehen will. Der Verordnungsgeber zur nachträglichen Eintragung enthält für jede Ware (Fleisch, Zucker usw.) einen abtrennbaren Abschnitt, der bei der Eintragung in dem betr. Geschäft abzugeben ist. Diesenigen Charlottenburger Einwohner, die innerhalb des Stadtgebietes umziehen, erhalten nur dann die Genehmigung zur Umschreibung in die Kundenliste eines anderen Geschäfts, wenn durch den Umzug ein erhebliches weiteres Weg zu dem bisherigen Lieferanten entsteht. Diese Genehmigung erteilt das Statistische Amt (im Rathaus, Zimmer 131). Wer sich aus anderen Gründen in die Kundenliste eines anderen Geschäfts einschreiben lassen will, hat sich hierzu an die zuständige Lebensmittelteilung des Magistrats (für Fleisch Zimmer 46, für Butter Zimmer 17, für Eier Zimmer 80, für Milch Zimmer 17, für Zucker Zimmer 131) zu wenden, die jedoch solche Anträge nur in dringenden Ausnahmefällen genehmigt. Die von Zeit zu Zeit erfolgende Neueintragung in die Kundenlisten gibt ja jedem die Gelegenheit, sich einem ihm zusagenden neuen Lieferanten zu wählen.

Aus aller Welt.

Eine Erfindung Edisons, die den Krieg unmöglich macht.

Die sensationelle Meldung einer Erfindung kommt aus Amerika und macht durch die Presse die Runde. Danach soll Edison der Erfinder sein und das von ihm entdeckte System nennt sich „der elektrische Krieg“.

In gleichmäßigen Abständen sollen rings um die Stellungen, die verteidigt werden sollen, mächtige elektrische Aufnahmegeräte aufgestellt werden, die einen ununterbrochenen Strom von außerordentlich hoher Spannung erzeugen. Durch einen besonderen Apparat, der der Kern und zugleich das noch unerfindliche Geheimnis der Erfindung ist, strahlt dieser Strom in weitem Umkreis elektrische Ströme aus, so daß er in der Luft eine unsichtbare elektrische Mauer errichtet, die niemand überwinden kann, weil jeder, der in den Bereich dieser Zone gelangt, auf der Stelle durch die Elektrizität getötet werden wird. Da man aber bekanntlich herumzujauchzen nicht nur auf der Erde, sondern auch hoch in den Lüften kämpft, muß Edison natürlich auch diese Angriffsmöglichkeiten berücksichtigen. Er soll im Anschluß an das obengenannte System einen Apparat konstruiert haben, der alle Flugzeuge und Luftschiffe, welche die Stellung überfliegen wollen, ohne weiteres sofort zur Landung zwingt. Auch dieses geschieht mit Hilfe der Elektrizität. Und zwar handelt es sich um ein Luftlampfgeschütz, das elektrische Entladungen in großer Höhe emporschleudert, die die weitere Tätigkeit der Flugzeugmotoren verhindern und so die Flieger unweigerlich zum Niedergehen zwingen. Das einzig Traurige an dieser Erfindung ist, daß Edison erklärt haben soll, sie erst nach Beendigung des Weltkrieges bekanntgeben zu wollen. Und auch dann, so behaupten die Gewährsmänner, würde er seine Idee ausschließlich für die amerikanische Regierung reservieren. Also wieder einmal eine Hoffnung, die schon im Anlauf gescheitert ist!

Die Meldung klingt übrigens etwas sehr phantastisch, und es dürfte sich auch hierbei um eine fette Kriegsbente handeln. Wie dem aber auch sei: auf solche Mittel soll man nicht bauen, wenn man Kriege vermeiden will. Der Weltkrieg beweist ja gerade am deutlichsten, daß die großartigen Erfindungen der Kriegswirtschaft die Kriege nicht nur nicht verhindern oder abkürzen, sondern sie nur noch schrecklicher machen. Nur durch die Beseitigung der Ursachen, der den Konkurrenzneid entfachenden Weltmachtspläne aller kapitalistisch regierten Staaten, werden Kriege in Zukunft unmöglich gemacht werden.

Ein Aufseher von Fürsorgezöglingen erwidert. Drei aus der Zwangsverheirathungsanstalt Schwarzbach (Waden) entflohenen Zöglinge haben den sie verfolgenden Aufseher im Walde mit einer Hade erschlagen. Die Knaben konnten bisher nicht eingekerkert werden.

Giftige Pilze verkauft. Zu drei Monaten Gefängnis wurde dieser Tage der Eigentümerverwand Christiane D. aus Hausdagen, die in Greifswald vor Gericht stand, verurteilt. Sie hatte vor mehreren Wochen auf dem Wochenmarkte giftige Pilze verkauft. Die Strafe war deshalb so hart bemessen, weil die Frau trotz eines ausdrücklichen Hinweises eines ihrer Kunden auf die Pilze diese dennoch verkaufte.

Jugendveranstaltungen.

Arbeiter-Jugendheim I, Brunnenstr. 70. Heute Sonntag, abends 8 1/2 Uhr: Erinnerungsfeier anlässlich des 125jährigen Bestehens der Berliner freien Jugendbewegung. Darbietungen: Festvortrag, Kunst, Gesang, Rezitation. Alle jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sind mit Eltern und Angehörigen freundlich eingeladen.

Arbeiter-Jugend Wedding. Morgen Sonntag, abends 6 Uhr, in den Gesellschaften des Nordens, Gerichtstr. 31 (am Westendplatz): Unterhaltungssabende mit Lichtbildervortrag: Die Donau, von der Quelle bis zur Mündung; Ferner: Kunst und Regitation. Einlay 10 Pf., Garderobe 10 Pf., Schulentlassene freier Eintritt.

Eingegangene Druckschriften.

Ein Wort an die unten und die oben. Von einem deutschen Sozialdemokraten. 30 Bl. Frankfurt, Stuttgart.
Der Religionenunterricht einst, jetzt und künftig. Von Dr. H. Penz. Geb. 2.40 M. G. Reimer, Berlin W 10.
Die Gede. Zeit 27. Sozialistische Wochenchrift. Herausgegeben von Voruz. 20 Bl. Verlag für Sozialwissenschaft, München.
Die Hochzeitsreise. Roman von G. de Goster. Geb. 3 M. Insel-Verlag, Leipzig.
Von Morgens bis Mitternacht. Stück in zwei Teilen. Von G. Kaiser. 2.50 M., geb. 3.50 M. — Die Verführung. Tragödie. Von P. Sternfeld. 3.50 M., geb. 4.50 M. E. Fischer, Berlin, Schönew. 90.
Die Tat. Monatschrift für die Zukunft deutscher Kultur. Heft 7. 1.20 M. E. Diederichs, Jena.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten am Freitag, 3. 17. 2018, abends, darunter, am Sonntag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Dankschreiben und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsentwässerung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

G. P. 80. Die Mutter hätte in diesem Falle Anspruch auf Unterhaltung für den zum Heere eingezogenen Sohn. Der Antrag auf Gewährung der Kriegserhaltungsmenge müßte an die Gemeindebehörde des Wohnortes der Mutter gestellt werden. — R. R. 95. Derselbe und Unklarheit der Beantwortung; diesfalls. — R. R. 10. Die Eltern müssen in diesem Falle nicht richtig vorgegangen sein; der Fehler wird mit 40 bezeichnet. Diese Bezeichnung ist in den von Ihnen angegebenen Nummern, also nicht enthalten. — G. Z. 5. Wenn die Eltern an den Pensionärslochern fehlen und der Handwirt sie nicht besorgen will, so werden Sie sich an das zuständige Polizeibüro, damit der Handwirt zur Beschaffung der Türen verpflichtet wird. — R. B. C. 1. Einen teilschuldigen Sohn dafür gibt es nicht. Es kommt dabei auch vor, daß auf den Stand der Mutter sowie darauf an, ob das Kind in der Großstadt oder auf dem Lande erzogen. Für Berlin galt damals ein Unterhaltsbetrag von 25 bis 30 M. 2. Gegenwärtig beträgt er bis zu 35 M. monatlich. 3. Die tatsächlich dafür gemachten Aufwendungen hat der Vater zu zahlen. — Z. 62. Sie brauchen sich nicht zu helfen. — R. R. 101. Das ist kein Scheidungsgrund. — R. R. 58. Geringes Ungehöriges. — R. R. 2014. 1. Das die früher für dienstunfähig befundenen und von jeglicher militärischen Kontrolle befreiten wieder nachgemustert werden können. 2. Sie sind meines Erachtens jetzt zur Meldung verpflichtet. — R. Z. 31. Vom Tage der Einziehung ihres Mannes zum Heeresdienst sind Sie zur Zahlung der Monatsentlohnung nicht verpflichtet. — Kapitler 507. 1. Rein. Sie haben, wenn von den anderen Beteiligten die Kosten nicht einzutreiben sind, für die gesamten Kosten. 2. Ja, wenn Bedürftigkeit als vorliegend erachtet wird.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittig. Wenig läßt im Küstengebiet noch ziemlich heiter, im Binnenlande überwiegend bewölkt und besonders im Süden verschiedentlich leichte Regenschauer.

Todes-Anzeigen

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Graveur
Otto Ribmann
am 24. September gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. September, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Britz auf dem Friedhof in Britz statt.
Nege Beteiligung erwartet
123/11 Die Ortsverwaltung.

Nachruf.
Den Kollegen die traurige Nachricht, daß unser lieber Kollege
Heinrich Fick
genannt Gottlieb Gänther
am 8. September ein Opfer des Weltkrieges geworden ist.
Die Kollegen werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.
Firma Wittusch u. Co.,
Charlottenburg — Abt. Tischerei.

Allen Freunden, Bekannten und Parteigenossen die traurige Nachricht, daß unser geliebter, jüngerer Sohn, Bruder, Neffe, Onkel und Schwager
Karl Janus
im Alter von 16 Jahren an Blinddarmentzündung am Donnerstag, den 28. September, sanft entschlafen ist.
Um stille Beileid bitten
Die tiefbetrübten Eltern
und Geschwister.
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 1. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Johanns-Kirchhofes in Wöglensee aus statt.

Fertige Garderobe
in
grosser Auswahl
Anfertigung nach Maß
Jackett-Anzug von 70^{aa}
Paletots von 80^{aa}
Hose von 20^{aa}
Alles in tadelloser Ausführung. — Auch nehme Stoff an zur Anfertigung nach Maß bei massigen Arbeitstagen
Julius Fabian
Schneltermister
Gr. Frankfurter Str. 37
und Turnstrasse 18

Dankfagung.

Allen, die meiner Frau
Anna Baermann
geb. **Kallnbach**
die letzte Ehre erwiesen haben, insbesondere meinen Kollegen von der Firma Schwarzlopp, und für die stützenden sage ich hiermit meinen aufrichtigsten Dank.
Paul Baermann
nicht Kinder,
Luriner Straße 33.

Dankfagung.

Für die herrliche Teilnahme bei der Beerdigung unserer lieben Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante
Emma Dimcke
unseren herzlichsten Dank.
Familie König.

Marken
Liefer seit 1879
Jean Hoze
HAMBURG, I

Wer zerrissenes Schuhwerk, Geschirre, Leder, Zellstoffe, Fahrradmäntel, Filz usw. selbst ausbessern will, verwendet vorzüglich die
Nähähle Stepperin P.R.G.M.
Solide, beste Konstruktion. Näht Stoppisch wie Maschine. Leicht zu handhaben. Garantie für Brauchbarkeit. Viele Anerkennungen. Preis Mk. 2.50 mit Nachlieferung und Leinwand, verpackt und postfrei. In Lederhandlungen käuflich oder direkt durch
Joh. Zucker
Stuttgart-Botnang.

Spezialarzt

Dr. med. Wockenfuß
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage), Blutuntersuchung. Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Borfuss-2226* störung. Teilzahlung. Sprechstunden: 10-1 und 5-8



Joseffi-Cigaretten

Juno	2 1/2
Vera	3 1/2
Elfen	6

einschl. Kriegszuschlag.
Qualität unverändert erstklassig!

Beschlagnahmefrei! — Beschlagnahmefrei!

Radfahrer

und
Geschäfts-Leute

erspart Euch Aerger, Geld- und Zeitverlust und fährt die erlaubt, konkurrenzlos

Loc-Bereifung

D. R. P. D. R. G. M. und Ausl. pat. angemeldet.
Nur einmalige Anschaffung.

Unverwundlich und vollgültiger Ersatz für Gummi. Verblüffende Elastizität!!! Leichtes, geräuschloses Fahren bei jeder Witterung, kein Abrutschen. Gegen Rost geschützt. Auf jeder Felge ohne die geringste Veränderung derselben anzubringen.

Stets fahrbereit! Kein Aufpumpen mehr!

Preis für Vorder- und Hinterrad zusammen fertig montiert ab Fabrik netto Kasse. **M. 45.-**

Wir bitten zwecks Montage die beiden Räder ohne Rahmen franko zu senden an die 177/15

Loc-Fabrik elastischer Radbereifungen ohne Pneumatik G. m. b. H.

Post Mainz-Kostheim oder Bahnhofsstation Mainz-Kastel. Nennenswerte Referenzen auf Wunsch zu Diensten. Wiederverkäufer erhalten bei Abschluss Rabatt.

Die Befamnung des Oberkommandos in den Marken, betreffend
Kaufab der Zwangsversteigerung für die in § 2, Klasse B, Ziffer 2 der
Befamnung Nr. M. 3231/10, 15 R.R.M. bezeichneten Gegenstände aus
Reinmehl ist heute veröffentlicht worden.
Die vollständige amtliche Befamnung erfolgt an den Anschlagtafeln
und in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung.
Berlin, den 30. September 1910.
307. I. ERH. 10. II. Kng. Der Polizeipräsident.

Zigarren
von 20. 50,— pro Tausend auswärts,
Zigaretten
von 20. 14,— pro Tausend auswärts
zu Engros-Preisen.
Leo Spieker, Charlottenburg, Wilmers-
dorfer Str. 33. — Tel. Wilhelm 1809.



Stefan Esders

Größtes Spezialhaus f. Herren-, Damen- u. Kinderbekleidung
Kaiser-Wilhelm-Str. 55 Berlin C Ecke Spandauer Str.

Damen-Mäntel
in den neuesten Formen und
Stoffen, einfarbig u. gemustert,
Cheviot, Flausch, Diagonal
M. 26 bis 75

Samt-Jacken
in vornehmen Modellen und
besten Verarbeitung:
M. 55 bis 125

Astrach.-Jacken
M. 85 bis 150

Krimmer-Jacken
M. 110 bis 130

Seal-Plüsch-Jacken
gepresst
M. 175 bis 210

Diese Kleidungsstücke erhalten Sie mit und ohne
Bezugsschein, je nach Höhe der Preislage u. Stoffart.

Außerdem empfehle ich eine reiche Auswahl in
Mänteln und Jackenkleidern
welche nicht bezugscheinpflichtig sind, in
den modernsten Formen zu vorteilhaften Preisen.

Grosses Lager in Pelzkragen u. Pelzmuffen
in allen Pelzarten, zu verschiedenen Preisen, von
der einfachsten bis vornehmsten Ausführung.

Sonntags geöffnet von 12—2 Uhr.

Modell 3045
Damen-Mantel
aus schwarzem und blauem Flausch
sowie haltbaren, gemustert. Stoffen.
Vornehme Ausführung, Sotte
Form M. 45

Neue fertige Herren-Kleidung

für Herbst und Winter.
Ueberzieher und Ulster 36⁰⁰ 45⁰⁰ 54⁰⁰ 68⁰⁰ 75⁰⁰ 85⁰⁰ 95⁰⁰ 110⁰⁰
Sakko-Anzüge 38⁰⁰ 39⁰⁰ 45⁰⁰ 54⁰⁰ 65⁰⁰ 75⁰⁰ bis 90⁰⁰
Röcke und Westen 36⁰⁰ 45⁰⁰ 54⁰⁰ 68⁰⁰ 78⁰⁰
Gestreifte Beinkleider 6⁵⁰ 8⁵⁰ 9⁵⁰ 10⁵⁰ 12⁵⁰ 14⁵⁰ 16⁵⁰ 18⁵⁰ 21 24
Phantasie-Westen 4⁵⁰ 5⁵⁰ 6⁵⁰ 7⁵⁰ 9⁵⁰ 10⁵⁰
Loden- (Bozener) Mäntel 26⁵⁰ 31⁵⁰ 39⁵⁰ 42⁰⁰
Regen- u. gumm. Mäntel alle Preislagen bezugscheinfrei 18⁵⁰ 25⁰⁰ 30⁰⁰ 36⁰⁰ 42⁰⁰ bis 70⁰⁰

Loden-Joppen — Schlafröcke — Pelz-Paletots
Die mit * bezeichneten Waren sind bezugscheinfrei.
Bezugscheinformulare werden von uns kostenlos verabfolgt.

Unsere Maß-Abteilung liefert erstklassige Garderobe zu mäßigen Preisen!

R. Landsberger G. m. b. H.
(Gegründet 1840)
Friedrichstr. 108, Ecke Johannisstraße, gegenüber Karlstraße.
Vom 1. Oktober ab Sonntags von 12 bis 2 Uhr geöffnet.

Möbel-Beiser

Lothringer Straße 67
Liefert auf
bequemste Teilzahlung
und gegen bar
Wohnungs-Einrichtungen
noch zu billigen Preisen.
Eisenauswahl komplett aufgestellt
Wohn-, Schlaf-, Speise- u. Herrenzimmer
in jeder gewünschten Holz- und Stilart.
— Einzelne Möbel und farbige Küchen. —
Sonntags von 12—2 geöffnet.

Zigaretten

1,8 Pf. 1a 1000 Stck. M. 12,50 u. 14,—
3 „ 1b 1000 „ 15,75 „ 20,—
4,2 „ 1c 1000 „ 24,— „ 27,—
6,2 „ 1d 1000 „ 35,— „ 45,—
Zigarillos
100 Stück von Mark 4,20 an.
Zigarren
100 Stück von Mark 7,50 bis 25,—
Garantiert fl. Qualität.
Zigarettenfabrikler
D. Haltrecht
Frankfurter Allee 76, a. d. Jungferstr.
Warschauer Str. 7, a. d. Boxhag. Str.
Versand: Boxhag. Chaussee 19, II. Et.
Telephon: Amt Alexander 990.

Oskar Wollburg

Berlin N, Brunnenstr. 56 u. 57
Konfektionshaus
für Damen- u. Mädchen-Bekleidung,
Neuheiten für Herbst u. Winter.

Wie stets zuvor findet man bei mir auch jetzt noch
größte Auswahl in Freiware, die ohne Bezugschein
verkauft wird. Es bietet sich daher beste Gelegenheit,
seinem Bedarf zu erheblich billigen Preisen zu decken.

Kostüme 44,— 59,— 78,—
Das Eleganteste f. d. Herbst
Paletots 19,75 28,— 39,—
neue feine Formen

Grosse Abteilung für Trauer-Bekleidung:
Frauenmäntel schwarz u. farbig, in ent-
scheidend Neuheiten, auch für starke Damen
36,— 49,— 65,—
Blusen u. Röcke aus Samt, Seide, Wolle etc.
in den modernsten
Ausführungen
7,50 10,75 15,—

Kinder- u. Mädchen-Mäntel
aus Samt, Plüsch u. a. Stoffen sehr preiswert.

Außerdem bietet sich besondere Kaufgelegenheit in
Plüsch-, Samt-, Breitschwanz-Paletots u. Mänteln.



Beste Stoffe! Billige Preise!! Flotte Formen!

Feine Seal-Plüschmäntel
Glockenformen, Samtmantelkleider
mit echten Pelzbesätzen, glatte Formen,
beste Qualitäten
380,— 175,— 125,—
In Seidenplüschmäntel, echte Plüsch
100,— 75,— 50,—
kurze Plüschjacken, vorjährige feine
Plüsch-Astrachan-, Wollplüschmäntel
50%
Modelkleider, Samt
und Seide 100,— 75,—
Seiden-Röcke
50,— 35,—
Auswahlendungen
nach anderhalb
gegen Anzahlung.
Mollige Ulster
wunderbare, dicke, weiche Stoffe, mit echten
Pelzbesätzen, Wagenmäntel, auch für Straße
geeignet, Glockenformen, auch glatt,
lang und 3/4 lang
100,— 75,— 50,— 20%
Vorjährige feine Ulster
35,— 25,— 22,— 15,—
II. Geschäft
Mohrenstraße 37a
(Kolonnaden).

Edelgesehene Pelzmäntel
beste Felle, feinste Kürschnerarbeit, in
Persianer, dicke Winterstoffe 300,—
In echt Seal-Bisam
350,— 300,—
Phantasie-Pelz mit echtem Iltis
350,— 275,—
kurze vorjährige Pelzjacken
einzelne Stücke
50,—
Einsegnungskleider
Samt, Wolle,
Umstands-Röcke
30,— 22,—
Passendes für
erkrankte
Figuren.

Flotte Seiden- und Gummimäntel
in 18 Farben, mit passender Kappe, beste
Qualitäten, feine Formen, wunderbar
ausgeführt, Glockenschnitte in Seide
60,— 55,— 30%
Mehrfache Gummimäntel mit Lackkappe,
weite Schnitte 35,— 28,— 15,—
Lodenmäntel, Stabmäntel 15,— 15,—

Westmann
Große Frankfurter Str. 115,
nahe Andreasstraße.

Alkoholl-Getränke
Franz Abraham
Bant. Messina- u. Römertrank-Kell.
C. 13 Berlinstr. 3a, Fernsp. Kgt. 19708

Kese-Anstalten
Neukölln
Ansengrubensir. 24.
Diana-Bad Koppensir. 53
sämtliche Bäder.
National-Bad, Brunnenstr. 3.
Passage-Bad Kottbuser-
Damm 79.
Reform-Bad, Wiener Str. 65.

Bäcker- u. Konditoreien
Br. Friedelich, Eisenbahnstr. 31.

Oskar Hanke's Brotbäckerei
75 Geschäfte
in allen Stadtteilen Berlins
sowie in Neukölln u. Treptow
Gegründet 1892.

F. Klenowetter, Schiffsheerstr. 18.
C. Meier, Grünerweg 27.
Fr. Pribyl, Osenbrückensir. 24.
Turban Filialen in allen
Stadtteilen.
Emil Werk, Samariterstr. 8.
Otto Wolff, Treptow, Kröllstr. 16
Jacobus, Gr.-Lichtstr. 11, Chausseestraße
Paul Zastrow, Stromstr. 23.

Handagen, Gummiw.
R. Hauke, Stralauer Str. 66.
E. Krusch, Kesselschloßstr. 65.
A. E. Lange, Brunnenstr. 164

Er erscheint 2 mal
wöchentlich.

Butter, Eier, Käse
Wilhelm Göbel
25 eigene Filialen.

August Holtz 13 Detail-
Geschäfte,
Herm. Kunert, Culmstr. 23

Gebrüder Manns
48 eigene Detailgeschäfte

Kosmalla, E., 4 Detail-
Geschäfte

Schröter, R.
43 Verkaufsstellen 43

Uhly & Wolfram
Glasrennfabriken
JUHL
250 GESCHÄFTE
J. Neumann
200 Niederlagen

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Hierbrauerei, Bierhandlung
Brauerei Bötzw
empfiehlt
Qualitätsbiere
ersten Ranges.
Osw. Berliner
Ur-Berliner, hell und dunkel

C. Habels Brauerei
hell — Mabelbräu — dunkel.
Mönchener Brauhaus
Berlin und Oranienburg
Trinkt Wanninger Bier!
Weissbier, C. Breithaupt,
Pallasdenstr. 27 Tel. Kgt. 2051, 2052

Drogen und Farben
Werder-Drogerie, Britz, Edwardsstr. 3a

Kaschfabriken
Timmer-Essig
Überall erhältlich

Cacao, Schokolade, Confitüren
SAROTTI
Kakao und Schokolade
beliebt in jedem Haushalt.
Eisen, Stahlw., Waffen, Werkz.
Carl Jung, Stromstr. 31.
Röhlmann, P.-Müllerstr. 40b, E. Seest

Fleisch- u. Wurstw.
W. Beck
Inh.: Herm. Gerbach
Charlottenburg, Berlinerstr. 68-69
Fleisch- und Wurstwarenfabrik
Willy Gericks, Petersburgerstr. 31
Otto Kungel, Alte Jacobstr. 26
Luebke, Joh. Fleisch- u. Wurstfabr.

Hüte, Mützen, Pelzwaren
Schoorr, Herm., Wilmersd.-St. 44

Vester, E. Kottbuser-
Damm 18/19

Herren- u. Knabenmod.
J. Baer
Vadstr. 26, Ecke
Prinzen-Allee.
Rosenthalerstr. 3.
Eckhaus Linienstr

Lecke & Sinspeckl, Gehäck-Allee 7

Kolonialwaren
Fritz Böhner, Schillmannstr. 11.
Kaffee-Wänterei
A. Zuntz sel. Wwg.
Filialen und Niederlagen
in allen Stadtteilen
Nur reelle Qualitäten
Anerkannt verteilbare Bezugsquelle
Kaffee, Tee, Kakao
und **Schokolade etc.**
Hamburger Kaffee-Importgeschäft
Emil Tengelmann
Mehlhandlungen
Bethke, Georg, Moskauer-
str. 44
Kochstr. 23, Kaiser-Friedr.
Str. 64, Wasserstr. 133, Friedländer 23
Treptow, Grün-Str. 44.

Gaede, Otto Charlotten-
burg.
F. Pflugmacher, Colonnadenstr. 62.
F. W. Sticher, Wrangelstr. 75
Ecke Cuvyrstr.

Kurz-, Weiß-, Woll-, Trikotw.
Hermann Meyer, Schillmannstr. 11.
Photogr. Apparate
M. Albrecht
SO. Kottbuserstr. 2.
auch Gelegenheitskäufer.
Photo-Jansen, Hauptstr. 23.

Untenstehende Geschäfte
empfehlen sich b. Einkauf.

Molkereien
„Schweizerhof“
Molkerei und Milchverarbeitungs-
Anstalt, Endener Str. 46, u. Tel. II 3555.

Nähmaschinen
Bellmann, E., Gollnowstr. 25
Nähmaschinen

Singer
Nähmaschinen
Läden in allen Stadtteilen.
Optiker, Mechaniker
Grob, Paul, Warschauerstr. 64.
Schubert, Carl, Nikln, Borgstr. 148

Weine, Liköre, Fruchtäfte
Hugo Soling
60 Filialen in allen Stadtteilen.

Herm. Meyer & Co., Act. Ges.
ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.

Underberg
Beechampt
SEMPER IDEM
anerkannt bester Bitterlikör

Meierei C. Bolle
A.-G.
Berlin N.W. 21 Alt Moabit
11: 98103
Ältester und größter
Milchwirtschaftlicher
Grossbetrieb

Schreibwaren
O. Prochnow, Nikln, Gollnowstr. 49

Uhren u. Goldwaren
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 49

Versicherungen
„Deutschland“ Berlin
Arbeiterversicherung — Schutz-
Sterbekassenversicherung, Straße 2.

Wirtschaften, Etablissements
O. Rohloff, Herl. 1, Bräuerstr. 10

Original-Schultheiß-Ausschank
Alexanderpl., Rich. Schloßhies.

Mahlkörn
Frau A. Pagel, Kolonialwaren.

Mariondorf
H. Wagner, Kottbuserstr. 11, Fliesen- u. Wessiv

Spandau
Schweizerstr., Berlinstr. 11, Fuch-, u. Wessiv

Central-Haus Jägerstr. 13

Conc. Leihhaus.

Altbekanntes Gelegenheits-Kaufhaus für Herren- u. Damen-Garderobe, Pelz- u. Schmuckwaren.
Täglicher Verkauf von Kavalieren wenig getragener **Jackett-Rock, Frack-Anzüge, Paletots**
und **Ulster**, auffallend billig. Großes Lager in **neuer Maßgarderobe**, in erstklassiger Verarbeitung.
Große Auswahl in **Damen-Kleidern, Kostümen, Ulstern und Mänteln.**
Gelegenheitskäufe in Pelzkragen, Pelzinnen, Muffen, Alaskafuchs, Skunks, Nerz,
Seal, Harde u. a., Herren-Gehelpen. Extra-Angebot in Lombard gewasener Brillanten,
Uhren und Schmuckwaren zu sehr billigen Preisen. — „Vorwärts“-Loser erhalten 10% extra.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dieckmann, Neuföh. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Lebensmitteldebatte im Neuköllner Rathaus.

Die Stadterordnetenversammlung hatte sich in ihrer Sitzung am Donnerstag, der ersten nach den Ferien, mit einem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zu beschäftigen, in dem der Magistrat ersucht wird,

„alle Maßnahmen zu treffen, um die Verlorenung der Bevölkerung Realitäts mit Nahrungsmitteln während der Wintermonate sicherzustellen und dafür Sorge zu tragen, daß alle vorhandenen Nahrungsmittel gleichmäßig unter die Bevölkerung verteilt werden. Ferner soll der Magistrat beim Kriegsernährungsamt beantragen, daß die viel zu hohen Höchstpreise für Brot, Kartoffeln, Fleisch, Fett usw. herabgesetzt werden.

In der Begründung unterzog Stadtv. Heilmann (Soz.) die unerhörten Zustände auf dem Lebensmittelmarkt unter wiederholter lebhafter Zustimmung der Versammlung einer scharfen Kritik. Eine Herabsetzung der Fleischpreise sei unbedingt nötig. Die Sicherung des bestimmten Fleischquantums nütze der ärmeren Bevölkerung gar nichts, wenn der Kauf wegen der enorm hohen Preise unterbleiben müsse. Der Hebel sei beim Produzenten anzusetzen; die diesem zugestandenen Stallpreise seien durch nichts zu rechtfertigen.

Der Fischkonsum, dem sich weite Bevölkerungskreise notgedrungen zuwenden, wird durch skandalösen Wucher mehr und mehr unterbunden; müssen doch für einen Hering, den man früher für 5 Pf. erlangt, jetzt 15 Pf. gezahlt werden. Und was das schlimmste ist: der immerhin schnelle Verbrauch der Vorräte zwingt die Lebensmittelkommission dazu, demüßigt auch in diesem Volkswirtschaftsmittel eine rationierende auf zwei Stadi pro Kopf und Woche durchzuführen. Die Preissteigerung für Seefische seien nicht minder furchtbar und werfen — wie Redner ziffernmäßig aus neuesten Geschäftsbüchern nachweist — den Großhändlern Millionengewinne in den Schoß. Es sei unabweisbare Pflicht des Kriegsernährungsamts, hier unverzüglich und energisch einzugreifen. Mit der Milchversorgung der Stadt werde es immer schlimmer. Milchkarren erhielten zwar Kinder, Schwangere und Kranke, aber keine Milch. Und diese fürchterliche Gefahr für die Volksgesundheit soll vom Oktober ab noch größer werden. Für die Lieferung eines einzigen Eies zu dem horrenden Preise von 22 Pf. könne die Stadt nicht einmal die Gewähr übernehmen. Auch bei diesen wichtigen Nahrungsmitteln macht der Zwischenhandel erwiesenermaßen unerhörte Gewinne, so daß dessen Ausschaltung unbedingt gefordert werden muß. Allerdings wäre grundsätzliche Besserung nur zu erwarten, wenn man sich in der Reichsregierung endlich von der bisherigen unglückseligen Preispolitik abwende, deren Sinnlosigkeit die diesjährige Kartoffelversorgung beweist. Gegen die dabei beliebte ausschließliche Maßnahme auf Produzentenforderungen müsse scharfsten Protest erhoben werden. (Lebhafte Zustimmung.) Die Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln, welche angeordnet wurden, um der Landwirtschaft die horrend hohen Preise zu sichern, seien z. B. der Stadt Berlin 6 Millionen Mark und Neukölln wird mehrere hunderttausend Mark für diese Preisbegabe erhalten. Wohin soll denn diese Methode führen? Etwas noch weiter den Bahnen des deutschen Landwirtschaftsrates nach, der in seiner Sitzung vom 21. September nicht bloß die Wiedereinführung des freien Handels, sondern auch Zuschüsse und Prämien aus öffentlichen Mitteln auf alle landwirtschaftlichen Produkte verlangt habe. Bei dieser Ausnutzung der Konjunkturmomente — die man in jenen Kreisen ja wohl als „vaterländischen Opferakt“ und „patriotische Pflichterfüllung“ nennt — ist es kein Wunder, wenn auch trotz der diesjährigen sehr guten Ernte die Brotpreise nicht herabgesetzt würden. Dort, wenn nicht, kurz: alle wichtigen Lebensmittel der breiten Volksmassen seien dem Preiswucher in einer Weise ausgeliefert, daß nur ganz energische Gegenmaßnahmen der Städte und der Konsumenten Abhilfe schaffen könnten. Der vorliegende Antrag müsse einstimmige Annahme finden, um dem Magistrat die Handhabe dazu zu bieten. (Lebhafte Beifall.)

Stadtv. Rosenow (Komm.-fortschritt.) bezeichnete es als schlimm, daß solche Forderungen, wie sie der Antrag enthält, überhaupt noch besprochen werden müßten. Es sei tieftraurig, wenn in Deutschland schlimmerer Zeit noch keine gerechte Verteilung der Lebensmittel erzielt werden könne und agrarische Agitatoren noch mit der geradezu heftigen Theorie behörten, daß die Produktionsfähigkeit nur durch die unerhöht hohen Preise zu erhalten sei. Produktionspflicht müsse vaterländische Nichtachtung der Landwirtschaft sein; andere Gründe brächten ganz andere Opfer gegenwärtig.

Stadtv. Meier erklärte, daß der Referent die Stimmung in der Kriegsernährungskommission durchaus treffend wiedergegeben habe, so

daß dem nichts hinzuzufügen sei. Der Magistrat tue alles, um der Einwohnerchaft die Lebensmittel so schnell und so gut als möglich zuzuführen. Leider scheitern diese Bemühungen vielfach an den vom Antragsteller gekennzeichneten Zuständen. Welche Opfer den Städten zugemutet werden, zeigt die Tatsache, daß eine Herabsetzung der Fleischpreise, welche die Kriegsernährungskommission in Erwägung gezogen habe, der Stadt einen wöchentlichen Rückgang von 15 000 M. kosten würde. (Hört! hört!) Eine Herabsetzung der Produzentenpreise sei aber nicht zu erlangen.

Stadtv. Dr. Silberstein (Soz.) erkannte an, daß der Magistrat im allgemeinen alles tut, was irgend möglich sei, und wendet sich gegen den Schematismus, der in der Lebensmittelversorgung herrsche und viel Schuld an den Missetaten mit sich. Die Arbeiterstadt Neukölln und Charlottenburg z. B. könnten nicht unter dem gleichen Gesichtswinkel bewertet werden. Vom Standpunkt der Hygiene müsse verlangt werden, daß auch Kinder über 6 Jahre Anspruch auf Milch haben; auch das mit Kartoffeln gestreckte Kriegsbrot könne und müsse verschwinden, das — wie Rubner nachgewiesen habe — eine Fälschung ohne jeden Wert sei.

Stadtv. Kloth (Soz.) verwies im Schlußwort darauf, daß der Vorstand der sozialdemokratischen Partei und die Generalkommission der Gewerkschaften schon im August 1914 der Regierung eingehende Vorschläge für die Organisation der Lebensmittelversorgung unterbreitet habe — leider ohne Erfolg. Und noch heute fehlt es an der durchgreifenden Ordnung in Produktion und Verteilung. Zuckerpreise sind kein Wunder, wenn die Produkte dem Markte einzogen werden, und z. B. die bekannte Firma Mohr-Hamburg allein 1800 Baggan Weißbrot einbehalten kann. Auch der Kleinhandel ist leider von den Preissteigerungen nicht freizusprechen, wie Redner an Beispielen beweist. Die Güterverteilung in Groß-Berlin halte jeder für eine Verhöhnung, tatsächlich werde sie in der Hauptsache von — fünf Großhändlern gebildet. Ebenso seien die „Sachverständigen“ mit den Interferenzen erwiehlenermaßen allzu oft identisch. Diese Zustände sind nicht minder zu verurteilen wie jene in der Landwirtschaft, wo man wohl der wirklich arbeitenden Bevölkerung Hochachtung entgegenbringen müsse, die aber mit den agrarischen Wuchern nichts gemein habe. Die Städte sollten nicht, wie dieser Tage geschieht, dem an den Zuständen erheblich mitleidigen preußischen Landwirtschaftsminister Dymnen singen, sondern energisch auf Abhilfe dringen. Der vorliegende Antrag verfolge diesen Zweck und regte hoffentlich den Magistrat zu schärfstem Vorgehen im Interesse unserer Vürgererschaft und des ganzen Volkes an.

Damit schloß die sehr eingehende Beratung. Der sozialdemokratische Antrag fand einstimmige Annahme.

Gerichtszeitung.

Hypnose?

Ein unbegreiflicher Heilsvorwand und Seelenwächter, der aus Armenien gebürtige Diamantenhändler Jakob Szarabedian, hatte sich gestern — aus der militärischen Sicherheitshaft vorgeführt — unter der Anklage der Verleumdung und Kränkung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte unter Vorbehalt des Amtsgerichtsrats v. d. Schulenburg zu verantworten.

Der Angeklagte, ein älterer, gut sitzierter Kaufmann, der seit dem 16. Lebensjahre nicht mehr in Ruhland lebt, hat viel in London und Paris zugebracht und ist dann zu häufigem Aufenthalt nach Berlin gekommen, nachdem er einige Jahre sich in Süddeutschland aufgehalten hat. Wie die Verhandlung ergab, scheint er leicht einen bestimmenden Einfluß auf das weibliche Geschlecht auszuüben. Er versichert, daß er ein sehr ernster Mann evangelischer Religion sei, einer Freimaurerloge angehöre und es als seine Aufgabe betrachte, Verirrte auf die rechten Wege zurückzuführen und der Wahrheit zum Siege zu verhelfen. Nun hatte er eines Tages am Bahnhof Friedrichstraße die jetzt 20jährige Frida A. kennen gelernt, die hübsche Schwester zweier im Stadteil Moabit tätigen ehrbaren Schneiderinnen, die von diesen aus der Fürsorgeziehung herausgenommen war und bei den Schwestern wohnte. Mit dieser Frida, auf die der erotische Herr von distinguiertem Aussehen sofort einen großen und bestimmenden Eindruck machte, zumal er durchbildet lieh, daß er sehr reich wäre, kam es zu einem sehr intimen Verhältnis. Das Mädchen betrachtete sich als die Braut des ihr an Alter und Bildung weit überlegenen Angeklagten, und „Monsieur“ beherrschte bald nicht nur sie, sondern auch ihre Schwestern mit seinem Willen, namentlich da er bei verschiedenen religiösen Gesprächen die Pöse annahm, daß er mit fast überirdischen Geisteskräften ausgestattet und in der Lage sei, in das Innere der Menschen hineinzugreifen, sie auf gute Wege zu leiten und Verirrte zu retten. Die drei Schwestern standen bald unter einem psychischen Einfluß, der nicht normal war, und es verbreitete sich in der friedlichen Schneiderei nach und nach eine ziemlich verrückte Atmosphäre. Nun lernte

bei den Schwestern A. eine jetzt 17 Jahre alte Margarete A., ein unverdorbenes, gut erzogenes Mädchen, die Tochter sehr anständiger Eltern, die Schneiderei auf Grund eines dreijährigen Lehrvertrages und fühlte sich schon zwei Jahre hindurch dort recht wohl. Da kam der Armenier auf den nicht ganz unberechtigten Gedanken, daß Frida A. ihm nicht treu sei, sondern Extratouren mache, und nun machte sich seine geistige Ueberlegenheit und ein fast hypnotischer Einfluß geltend; er erklärte der Frida, daß sie ihm die Wahrheit sagen müsse, daß er sich vorgenommen habe, sie zu bessern und von ihr ein volles Geständnis ihrer Seitensprünge verlange. Da setzte sich das Mädchen hin und schrieb fein häublich nach, Rubriken und Abteilungen, nach Stand, Wohnung und Nebenständen eine lange Reihe von Männernamen hin, mit deren Inhabern sie angeblich in Verkehr getreten sei. Sie behauptete gleichzeitig, daß sie von dem Lehrling Margarete A. verdorben worden sei. Weiter erklärte sie vor Gericht, daß alle diese Wesentnisse einer jähren Seele unwahr seien und sie nicht wisse, unter welchem Zwange sie alles dies niedergeschrieben habe. Nachdem dies geschehen, sprach der Angeklagte den Wunsch aus, mit der angeklagten Verführerin unter vier Augen reden zu können. Er ging mit dem Mädchen in eine Konditorei in Altmoabit und beeinflusste sie dort schon mit Blicken, so daß das Mädchen nicht wahrte, ob sie noch einen eigenen Willen habe oder nicht. Er befahl ihr, alles zu gestehen, widrigenfalls er sie verhaften lasse; dann würde sie sehr bald hingerichtet werden. Das erschrockene und verängstigte Mädchen erklärte immer wieder, daß sie nichts zu gestehen habe und erklärte sich bereit, mit dem Angeklagten nach der Polizei zu gehen. Der Angeklagte brachte sie aber nicht dorthin, sondern ging mit ihr in die Straße Wohnung. Dort warteten die drei Schwestern in verzückter Bewunderung des Mannes mit den großen Geisteskräften, und nun spielte sich folgendes ab: Margarete A. mußte sich an einen Tisch setzen, man brachte Feder und Papier herbei, und während der Mann mit den übernatürlichen Kräften und die drei Schwestern um sie herumstanden, sollte sie alle ihre Missetaten, die sie auf dem Gewissen habe, niederschreiben. Sie weigerte sich, aber ihre Selbstbestimmung verließ sie mehr und mehr, und so schrieb sie auf Geheiß des Angeklagten ein umfangreiches Geständnis auf, das ein Sammelverium des blühendsten Blödsinns war. So gestand sie u. a., daß sie ein ganz verworfenes Mädchen sei, daß sie den Mann an der Eise Leb in der Köpenicker Straße begangen habe, drei Herren veranbt und durch Chloroform betäubt und einen davon auf diese Weise getötet habe usw. usw. Wenn sie sich weigerte, weiter zu schreiben, dann befahl es ihr der Angeklagte, sie mußte sogar den Takt machen; ich schwöre es zu Gott, und wenn sie wieder jagerte, dann drohte ihr der Angeklagte, daß drei unheimliche Männer, mit denen er in Verbindung stehe, sie abführen würden. Jehn volle Stunden stand das verschüchterte und ganz willenlos gewordene Mädchen unter dieser Tortur und Seelenqual, und als sie entlassen wurde, war es 4 Uhr morgens geworden. Inzwischen waren ihre geängstigten Eltern durch die Strafen gezeit, um nach dem Schicksal ihrer vermählten Tochter zu fahnden. Als das Mädchen dem Vater ihr Abenteuer erzählt hatte, kam dieser auf den Gedanken, daß es sich vielleicht um einen russischen Spion handle, und er erstattete Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Der Angeklagte wurde am 4. November v. J. in Untersuchungshaft genommen, hat darin fünf Monate zugebracht und ist dann in militärische Sicherheitshaft gebracht worden. Er behauptete, daß es ihm gar nicht eingefallen sei, das Mädchen beleidigen zu wollen; dasselbe habe ihre Geständnisse aus freiem Antriebe niedergeschrieben. Der Angeklagte ist sechs Wochen in Dalldorf auf seinen Geisteszustand beobachtet worden. Nach dem Gutachten des Dr. Blume ist bei dem Angeklagten keine Spur geistiger Störung erkennbar; die ganze Sache sei vollkommen rätselhaft und abnorm, man müsse beinahe fragen, auf welcher Seite die größere Abnormalität sich zeigt. — Staatsanwaltschaftssekretär Friedeburg wollte des Rätsels Lösung in einer sexuellen Verirrung, einer Art von geistigem Sadiasmus finden, den sowohl der Angeklagte, als auch sein Verteidiger Justizrat Hoffstaedt weit zurückwies. Der Staatsanwalt beantragte 6 Monate Gefängnis, der Verteidiger dagegen volle Freisprechung. Das Gericht erkannte auf 1 Monat Gefängnis und rechnete die Strafe auf die Untersuchungshaft an.

Verreißliche Gemeinde. Sonntag, den 1. Oktober, vormittags 11 Uhr, kleine Kraussfurter Straße 6: Vortrag von Herrn Dr. Bruno Wille: „Der Herrscher Judas eine Sage“. Gäste willkommen. Nächste Sondersitzung: Sonntag, den 15. Oktober.

Der Turnverein Obersee (Oberhännele) hat Sonntag, den 1. Oktober, sein Abturnen auf seinem Spielplatz hinter Villa Weihenburg, Köpenicker Straße, bestehend aus vollständigen Wettkämpfen, Schießen, Fußballspielen aller Abteilungen. Zum Schluß das erste Herren-Fußballspiel gegen Turnverein Neukölln. Anfang 2 Uhr. Abmarsch 1 Uhr vom Berlin-Hotel Otto Pann, Wilhelmshofstr. 43.

Zum Umzug günstige Kaufgelegenheit!

Ohne Bezugschein, da nicht bezugscheinpflichtig!

Gardinen. Stores.

Table with 2 columns: Item description and Price. Includes Tüll-Gardinen, Tüll-Künstler-Garnitur, Erbstüll-Stores, Erbstüll-Bettdecken.

Stoppdecken. Tischdecken.

Table with 2 columns: Item description and Price. Includes Stoppdecken, Divanddecken, Tischdecken.

Läuferstoffe. Teppiche.

Table with 2 columns: Item description and Price. Includes Läuferstoffe, Teppiche, Tapestry.

Vorhangstoffe mit Bezugschein in reicher Auswahl, Gold, crème, weiß, 80 u. 130 cm breit, Meter 1,65, 1,45, 1,10, 95 Pf.

Großes, reichhaltiges Lager in Damen-Konfektion, Putz, Kleiderstoffe, Seidenstoffe, Bett- u. Tisch-Wäsche.

Berlin W Großgörschenstr. 1

Kaufhaus Wilhelm Joseph

Schöneberg Hauptstraße 163

Winter-Paletots von M. 42.— an
 Winter-Ulster von M. 36.— an
 Winter-Joppen von M. 11.— an

M. Schulmeister
 Dresdener Straße 4 Kottbuser Tor
 Ab 1. Okt.: Sonntags 12-2 geöffnet.
 Maßanfertigung zu allerbilligsten Preisen.

Sacco-Anzüge von M. 38.— an
 Rock-Anzüge von M. 54.— an
 Jünglings-Anzüge von M. 29.— an

Solange Vorrat reicht
 liefert die
Buchhandlung Vorwärts
 SW. 68, Lindenstr. 3, und die Ausgabestellen

Deyer, G., Im Pharaonenlande (Ägypten). Reisebeschreibungen aus Ägypten. Statt Gebd. 6.— M. für 1,50 M.
Dereffschagina, W., Selbstbiographien unbedeutender Leute. Erzählen aus dem russischen Volksleben. Statt Gebd. 2.— M. für 0,50 M.
Cewes, G. H., Goethes Leben und Werke. Die mit literarischen und kritischen Anmerkungen versehene Ausgabe ist eine der besten Goethe-Biographien. Statt Gebd. 6.— M. für 3.— M.
Bode, Dr. W., Geschichte der deutschen Plastik. Statt Gebd. 13.— M. für 7.— M.
Montgomery, P., Die Physiologie des Haffes. Statt 7.— M. für 1,50 M.
Dehst, Christian., Die Blütezeit der deutschen politischen Lyrik von 1840—1850. Statt Gebd. 10.— M. für 3,50 M.
Schmann, P., Länder- und Völkerkunde. 2 Bände, reich illustriert. Statt 18.— M. für 8.— M.
Seldel, K., Fabeln der Große. „Der Heros der deutschen Volkserziehung“ und die Volksbildung. Statt Gebd. 1,50 M. für 1.— M.
Kobelt, Dr. W., Die Verbreitung der Tierwelt. Mit zwölf Tafeln und vielen Textillustrationen. Statt Gebd. 20.— M. für 6.— M.
Jacoby, L., Canika. Ein Gedicht aus Indien. Statt 2,50 M. für 0,50 M.
Sinclair, Der Industrieheld. Geschichte eines amerikanischen Millionärs. Statt 2.— M. für 0,50 M.
Prezjanz, Ernst. Die Glücksbunde. Statt 2.— M. für 0,50 M.
Herzliche Grüße. Geschichten von Großmann. Statt 2.— M. für 1,20 M.
 Aus dem Inhalt: Ein nächtlicher Ruf. — Der Verleumdete. — Debatte über das Beien. — Der Staatsanwalt Duncker. — Die Hinrichtung.
Noeris, W. Eine königliche Lektion. — Ein Traum von John Bull. Statt Gebd. 3.— M. für 0,50 M.
Reclam, Prof. Das Buch der vernünftigen Krankenpflege. Winke und Belehrungen für Gesunde und Kranke. Statt Gebd. 5.— M. für 1,50 M.
Marshall, Dr. W. Charakterbilder aus der heimischen Tierwelt. Ein reich illustriertes und gut ausgestattetes Buch. Marshall ist bekannt als ausgezeichnetster Kenner der Tierwelt. Statt Gebd. 6.— M. für 1,50 M.
Bäumer, Prof. Dr. Das Buch vom langen Leben oder die Lehre von der Dauer und Erhaltung des Lebens. Statt Gebd. 6.— M. für 2.— M.
 Außerdem empfehlen wir einen Posten älterer Reclam-Bändchen, je 4 Stück für 0,50 M.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Süd
 Erreicht wie gewöhnlich einmal. Untergestellte Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen.

Bäcker- u. Konditorien
 P. Radloff, Nolln. Allee, 37
 Fleisch- u. Wurstwaren
 Paul Müller, Friesenstr. 22.
 G. Hogber, Karlsruherstr. 18
 2. Fleischw. u. Aufschn.
 Solange der Vorrat reicht
Gerold
 Bei gemeinsamem Bezug Preisermäßigung
 Berlin, Lützowstr. 94
 Verlangen Sie Preisliste

Bettfedern
 Berta Pfeffer, Wiener Str. 17
 Mehlhdlg. Kolonialw.
 Joh. Pietsch, Gneisenaustr. 97
 A. Schleinitz, Mariannenstr. 14
 Weine, Fruchtsäfte, Likör.
 E. & M. Leydicke
 Mansteinstr. 4
 Uhren, Goldwaren
 S. Fenske, Kottbus. Damm 94
 Streng rech., anerkannt bill.
Neukölln
 C. Dittmann
 Berlinerstr. 43
 Wild — Geflügel — Fische.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Westen
 Erreicht wie gewöhnlich einmal. Untergestellte Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen.

Brauereien
 Adelung & Hoffmann
 Akt.-Brauerei Potsdam
 Kgl. Niedering. Berlin SW. 47
 Kroubergstr. 25, Brandenburgerstr. 25, Wilhelm-dorferstraße 72.
 Spez. Potsdam-Stangen-bier Murggbräu.
 Fleisch- u. Wurstwaren
 Georg Dabelow, Potsdamer Strasse 70b.
 Geflügelverkauf
 Rud. Flatow, Alt-Moab. 110.
 Solange der Vorrat reicht
Gerold
 Bei gemeinsamem Bezug Preisermäßigung
 Berlin, Lützowstr. 94.
 Verlangen Sie Preisliste.

Weine, Fruchtsäfte, Liköre
E. & M. Leydicke
 Mansteinstr. 4
 O. Charlotenburg
 Mehlhdlg., Kolonialw.
 Otto Gaeger, Wilmersd. Str. 40/41.
 O. Grätz, Schuhw.-Leg., Rep.-bill., Lützowstr. 7.
Nowawes
A. Kieper
 Friedrichstr. 28
 Damen- Kinder-Konfektion
 Spanbau
Paul Gaeger Mehl und Holenolw.
 Breitestr. 57, Schönwalderstr. 13/14, Pichelsdorferstr. 12.
 Haus- und Küchengeräte
Hermann Finck
 Eisenwar., Schönwalderstr. 27.
 Alfred Bartels, Breitestr. 28
 Schirmm., Leder-, Drechselw.
 A. Markgraf, Brüderstr. 11/12.
 Jägerstr., Lang. Gt., Persill. Steig.
 M. Tornow, Goltzmannmediet. Markt 10, gegr. 1859.

Vorwärts Bibliothek
 Gute Bücher für Unterhaltung und Belehrung gehören ins Feld!

Ervedt	Ein Roman aus dem Westfälischen von H. Wey
Der Hindweg	Die Vorgeschichte von Westfälens
Das Land der Zukunft	Rechen- und Wahrsagungen
Verstärktes Volk	Erzählung von H. Wey
Der Prinzipienreiter	Erzählung von H. Wey
In den Tod getrieben	Erzählung von H. Wey
Der Pariser Garten	Erzählung von H. Wey
Mütter	Die Frauenwelt von H. Wey
Der Morgen grünt	Erzählung von H. Wey
1000 Mark Belohnung	Erzählung von H. Wey
Die Heilerrei	Erzählung von H. Wey
Vom Waisenhans zur Fabrik	Erzählung von H. Wey
Der Gotteslästerer	Erzählung von H. Wey
Die Marktenderin	Erzählung von H. Wey
Kriegsfahrten	Erzählung von H. Wey
Kriegsberichte	Erzählung von H. Wey
Derjen im Kriege	Erzählung von H. Wey

Jeder Band gebunden. Preis 1 M.
 Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H.
 Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Pelzwaren
 eigener Konfektion, gut sortiertes reichhaltiges Lager in allen Pelzarten, Reparaturen nach schicken Modellen.
Kranz- u. Blumenpenden
 schnell und billig.
56 Dahers
 Turmstraße 56
 Moabit 6154.

Volkslieder
 für Heim und Wanderung

im Auftrage der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands herausgegeben von Hermann Boffe
 Das Buch enthält auf 280 Seiten 300 Volkslieder mit Noten und eine Einführung in das Lautenspiel. 100 Lieder sind mit Akkordbezeichnung versehen, natürlich durchweg mit einfachsten Harmoniegeängen. Klavier- und Lautenspieler wird diese Einrichtung willkommen sein.
 Taschenformat in Leinen gebunden
Preis 1,50 Mark
 Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H.
 Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Den Genossen im Felde
 ist es Bedürfnis, über das politische und organisatorische Leben in der Heimat stets unterrichtet zu sein. Darum sendet ihnen regelmäßig
die Neuerscheinungen
 der parteigenössischen Literatur des Krieges. Sie sind zu beziehen durch die Zeitungsträger oder direkt durch die
BUCHHANDLUNG VORWARTS
 BERLIN SW. 68, Lindenstraße 3

Wichtig für Herren!
Während des Krieges
 gibt Erste Herrenkleiderfabrik
Anzüge, Paletots, Ulster fertig und nach Maß im Einzelverkauf
 ohne Preis-erhöhung
 vom großen Fabriklager ab.
 für Anzüge Paletots Ulster } wird Bezugsschein und behördliche Abstempelung von bis M. 60.- bis M. 85.- bis M. 80.- der Firma kostenlos besorgt.
 Alle höheren Preislagen bezugscheinfrei!
 Verkaufsst. 10-8, Sonntags 10-8, Sonntags 12-2.
 Holkenmarkt 7-8, IV, Fahrstuhl

Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Aannahme.

Centrum: Albert Schmitt, Kiderstr. 174, am Koppenplatz. Geöffnet von 11-1/2, und von 4 1/2-7 Uhr.	Eichwalde, Schmöckwitz: Oskar Radke, Grünauerstr. 37.	Ober-Schöneweide: Alfred Bader, Wilhelmshofstr. 17, Laden. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Wahlkreis: S. und SW.: Gustav Schmidt, Bärwaldstr. 42, an der Gneisenaustraße. Geöffnet von 11-1/2, und von 4 1/2-7 Uhr.	Erkner, Neu-Zittau: Gudela, Waldstr. 11.	Pankow, Niederschönhausen, Nordend, Frz.-Buchholz, Blankenburg: Ribmann, Nollnstr. 33, Geöffnet von 11-1/2, und von 4 1/2-7 Uhr.
Wahlkreis: E. S.: Fritz, Ringstr. 31, Hof rechts part. Geöffnet von 11-1/2, und von 4 1/2-7 Uhr.	Friedensdorf-Petershagen, Eggersdorf: Hassenwasser, Vetersdamm.	Reinickendorf - Ost, Wilhelmshagen und Schönholz: B. Gursch, Brodingstr. 56, Laden. Geöffnet von 11-1/2, u. 4 1/2-7 Uhr.
Wahlkreis: D. n.: Robert Engels, Markstr. 26. Geöffnet von 11-1/2, und von 4 1/2-7 Uhr. — Karl Seiler, Vetersdamm 4, Laden. Geöffnet von 11-1/2, und von 4 1/2-7 Uhr.	Friedrichshagen, Fichtenau, Rahnsdorf, Schöneberg, Kl.-Schönebeck: Ernst Berkmann, Friedrichshagen, Kdper- nider Straße 18.	Schönendorf d. Königs-Waldhäusern: Carl Gansche, Dorstr. 10
Wahlkreis: E. S. n.: Paul Böhm, Kaufherplatz 14/15. Geöffnet von 11-1/2, und von 4 1/2-7 Uhr.	Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.	Schöneberg: Wilhelm Baumert, Reiminger Straße 9, im Laden. Geöffnet von 11-1/2, und von 4 1/2-7 Uhr.
Wahlkreis: Leo Rusch, Nummernstr. 12 (Hof). Geöffnet von 11-1/2, und von 4 1/2-7 Uhr.	Johannisthal, Rudow: Max Gonschur, Parfstr. 23	Spandau, Nonnendamm: Schumacher, Brillestr. 64. Ge- öffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Wahlkreis (Königs): Salomon Kofsch, Wilhelmshäger Str. 46. Geöffnet von 11-1/2, und von 4 1/2-7 Uhr.	Karlshorst: Hermann Billing, Dönhofstr. 28.	Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf, Bohn-Neuendorf, Birkenwerder, Freie Scholle u. Reinickendorf-West: Paul Klein, an Borsigwalde, Ringstraße 10. Geöffnet von 11-1/2, u. von 4 1/2-7 Uhr.
Wedding: R. Schmitt, Röhlerstr. 34a, Ecke Ullricher Str., Laden. Geöffnet von 11-1/2, und von 4 1/2-7 Uhr.	Köpenick: Emil Böhler, Kiegestr. 6, Laden. Geöffnet von morgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr.	Teltow: Lenig, Döbestr. 2.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: H. Wolgast, Rattstr. 9. Geöffnet von 11-1/2, und von 4 1/2-7 Uhr.	Lichtenberg I, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seiffel, Wartenbergstraße 1 (Laden). Geöffnet von 11-1/2, und von 4 1/2-7 Uhr.	Tempelhof: Joh. Krohn, Dorffstr. 62.
Gesundbrunn: Rißner, Ballianstr. 6, Laden. Geöffnet von 11-1/2, und von 4 1/2-7 Uhr.	Lichtenberg II, Rummelsburg, Stralau: H. Rosen- kron, Wilsdörferstr. 66. Geöffnet von 11-1/2, und von 4 1/2-7 Uhr.	Treptow: Rob. Gramann, Kleihofstraße 412, Laden. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Greifenhäger Str. 22. Geöffnet von 11-1/2, und von 4 1/2-7 Uhr.	Zahlsdorf, Kaulsdorf, Biesdorf: H. Deßberg, Kauls- dorf, Ferdinandsstraße 17.	Welsensee, Heinersdorf: Gust. Kopycki, Berliner Allee 11.
Adlershof: Carl Schmarzloje, Dismarckstr. 28. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.	Mariendorf, Marienfelde: August Leid, Chausseestr. 29.	Wilmersdorf, Halensee, Schmargendorf: Paul Schubert, Wilhelmstraße 27.
Alt-Glienicker, Falkenberg: Wilhelm Dürre, Friedrichstr. 46.	Neuenhagen, Hoppegarten: Wpiszcowski, Dotti- straße 14.	Zeuthen, Miersdorf: W. Schütz, Zeuthen, Jochenstr. 16.
Faumschulienweg: H. Perzig, Parthenhaller Str. 13, I.	Neukölln: R. Heinrich, Redarstr. 2, im Laden. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr; Reußstr. 17; Mohr, Siegfriedstraße 23/29. Geöffnet von 11-1/2, und von 4 1/2-7 Uhr.	Zossen: Dr. Ratsch, Berliner Str. 24.
Ornau, Röntgenal, Zepernick, Schönau, Schön- brück und Buch: Heinrich Droje, Wühlstr. 6, Laden.	Nieder-Schöneweide: Wilhelm Lührs, Brückenstr. 10, II.	
Johnsdorf: Paul Gensch, Bohnsdorf, Genossenschaftshaus- Paradies.	Nowawes: Karl Krohner, Glienckstr. 10.	
Charlottenburg: Gustav Egarberg, Eisenheller Str. 1. Ge- öffnet von 11-1/2, und von 4 1/2-7 Uhr.		

Responsible Editor: Alfred Dieckmann, Neukölln. For the insert part responsible: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.